Protokoll

der 21. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 25. Juni 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Barbara Heer (SP), Leoni Bolz (SP), Seyit Erdogan (SP), Raffaela Hannauer (Grüne), Niggi Rechsteiner (GLP), Edibe Gölgeli (SP), Beda Baumgartner (SP), Olivier Battaglia (LDP).*

Verhandlungsgegenstände:

5. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2024 des Regierungsrats 2
6. Kantonale Volksinitiative "für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)", Bericht des RR 21
8. Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Bericht der WAK 29

Beginn der 21. Sitzung

Mittwoch, 25. Juni 2025, 15:00 Uhr

5. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2024 des Regierungsrats

[25.06.25 15:00:17, 25.5291.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, geschätzte Gäste auf der Tribüne, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und wir fahren in der Traktandenliste fort.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt, die Jahresberichte des Regierungsrates, des Gerichtsrats und der Gerichte zu genehmigen. Ausserdem beantragt sie, ihre Empfehlungen und Erwartungen zu den vorliegenden Berichten im zustimmenden Sinne Kenntnis zu nehmen und ihren Bericht zu genehmigen. Die Sachkommissionen des Grossen Rates haben auf eine schriftliche Stellungnahme zum Jahresbericht verzichtet.

Ich gebe Ihnen bekannt, wie wir bei diesem Geschäft vorgehen. Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht der GPK und den Jahresbericht, in welcher zunächst der Präsident der Geschäftsprüfungskommission das Wort erhält. Dann erhalten der Vorsitzende des Gerichtsrates und der Vertreter des Regierungsrates, also der Regierungsratspräsident das Wort, anschliessend die Fraktionen mit je zehn Minuten und die Einzelvotierenden mit je fünf Minuten. Das erste Schlusswort zum Eintreten hat der Regierungspräsident, das zweite der Vorsitzende des Gerichtsrates und das ultimative Schlusswort wieder der Präsident der Geschäftsprüfungskommission. Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Detailberatung. Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Grossratsbeschlusses auf Seite 61 des Berichts der GPK und die Schlussabstimmung. Gibt es zu diesem Ablauf Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, wie vom Präsidium vorgeschlagen vorzugehen.

Wir kommen nun zur allgemeinen Debatte. Das Wort hat der Präsident der Geschäftsprüfungskommission Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Bevor ich Ihnen unseren Rechenschaftsbericht und unseren Bericht zum diesjährigen Jahresbericht von Regierung und Verwaltung vorstelle und auf einige unserer 97 Feststellungen, Empfehlungen und Forderungen eingehe, sind zwei einleitende Bemerkungen notwendig:

Erstens äussert sich die GPK nur zu Untersuchungen und Verfahren, die sie schon abgeschlossen hat. Zu noch laufenden Verfahren und Untersuchungen äussern wir uns als GPK grundsätzlich nicht. Und zweitens gibt es Themen, denen wir nachgegangen sind, um die Abläufe und Handlungen von Akteuren selber nachvollziehen zu können und transparent zu machen. Aber das sind Themen, bei denen wir ganz bewusst auf eine Wertung und Empfehlung oder gar Forderung verzichtet haben, weil unsere Aufgabe zwar eine politische ist, aber nicht in dem Sinne, dass wir als Kommission in politischen Auseinandersetzungen Stellung beziehen.

Die Geschäftsprüfungskommission wird in der Medienberichterstattung oft als einflussreich oder mächtig bezeichnet. Sie ist es nicht in dem Sinne, dass sie irgendetwas anordnen könnte. Aber was sie kann, ist, Verantwortlichen in Regierung, Verwaltung und Justiz Fragen zu stellen, Einsicht in bestimmte Dokumente zu verlangen und vieles öffentlich zu machen. Die GPK kann mit ihren Feststellungen, Empfehlungen und Forderungen viel bewegen, das hat sich im letzten Jahr gezeigt. Beim Risikomanagement haben wir letztes Jahr gefordert, dass es nicht mehr zwei Risikoberichte von JSD und FD geben soll, sondern nur noch einen. Das ist unter anderem deswegen wichtig, weil die Massnahmen zur Eindämmung von Risiken kohärent sind und sich nicht gegenseitig in die Quere kommen sollen. Nun gibt es offenbar nur noch einen Risikobericht.

Wir haben gefordert, dass der Regierungsrat Rechenschaft über den Legislaturplan 2021 bis 2025 mit seinen Zielen und Massnahmen ablegen soll. Das hat der Regierungsrat im vorliegenden Bericht nach unserem Wissen zum ersten Mal auch so gemacht. Wir haben zudem seit längerem als GPK eine verstärkte Zentralisierung der IT und dadurch die Mindeststellung von Sicherheitsstandards in der ganzen öffentlichen Verwaltung gefordert. Verstärkt haben wir das eingefordert, nachdem die Daten von über 900 Schüler*innen und Lehrer im Darknet gelandet waren, dem sich der Kanton Basel-Stadt nicht hat erpressen lassen. Jetzt hat der Regierungsrat mit «Pharos» eine Zentralisierung aufgegleist und wir sind zum jetzigen

Zeitpunkt vorsichtig optimistisch, dass der Charakter dieser Zentralisierung auch im Sinn und Geist unsere Empfehlungen und Forderungen ausfallen wird. Natürlich freut uns, dass manche unserer Empfehlungen und Forderungen nicht ohne Wirkung bleiben und wir danken dem Regierungsrat für seine diesbezüglichen Handlung.

Aber auch in den genannten Bereichen besteht aus unserer Sicht noch viel Verbesserungspotenzial. Die Bilanzierung der Legislaturziele ist sehr begrüssenswert, aber sie ist ausbaufähig. Am besten wäre es aus unserer Sicht als GPK, wenn der Regierungsrat zukünftig nach Ende der Legislatur ein separates Geschäft mit seiner Legislaturbilanz einreichen könnte. Denn wir finden es enorm wichtig, dass der Regierungsrat den Legislaturplan nicht als Werbebroschüre versteht, sondern dass er darüber effektiv seine Ziele festschreibt und Rechenschaft ablegt und dass man über seine Bilanzierung einer Legislatur sich auch wirklich gemeinsam unterhalten kann.

Die Ziele und Massnahmen der Departemente sind aus unserer Sicht in vielen Bereichen zu unverbindlich und zu wenig messbar. Im Sinne eines verbesserten strategischen Managements, aber auch im Sinne der demokratischen Transparenz wünschen wir uns, dass der Gesamtregierungsrat und auch die einzelnen Departementsvorsteherinnen und Departementsvorsteher klare Ziele formulieren, deren Erfüllung und Nichterfüllung durch Indikatoren sich sinnvoll messen lassen. Optimalerweise machen Regierungsräte zu Beginn der Legislatur auch transparent, welche Ziele und Indikatoren ihnen besonders wichtig sind und wieso. Dann kann man auch, wenn so etwas geschehen ist, am Ende ja auch besser und auf einer sachlichen Grundlage über die Bilanz von Regierung und Verwaltung reden.

Wir haben im vorliegenden Bericht auch mindestens ein ganz konkretes Beispiel genannt, in dem wir mehr Transparenz in Bezug auf die Erreichung der deklarierten Ziele fordern. Im Hinblick auf den Zwischenbericht zum Ausbau der Fernwärme, der alle drei Jahre erfolgt, fordern wir detailliertere statistische Angaben in Bezug auf die Anschlussdichte, die geografische Verteilung und chronologische Verteilung und die Entwicklung der Anschlüsse.

Auch wenn die Zentralisierung der IT, wie gesagt, angegangen wird, heisst das noch lange nicht, dass der effektive Schutz persönlicher Daten hinreichend gewährleistet ist. Deswegen fordern wir erneut, dass der Aufgabenkatalog der Datenschutzbeauftragten um das Thema Datensicherheit erweitert und bei Bedarf der Personalbestand speziell für diese Aufgabe aufgestockt wird. Deswegen fordern wir eine einheitliche Lösung für die Verschlüsselung von E-Mails mit heiklen Inhalten, die Bereinigung des kantonalen Datenmarktes und die Aufwertung der Position des Informatiksicherheitsbeauftragten.

Was den Gang in die Cloud mit der Microsoft 365-Lösung anbelangt, so gibt es grundsätzlich einen gewissen Zielkonflikt zwischen Benutzerfreundlichkeit und Datensicherheit. Diese Abwägung wird von verschiedenen Gebietskörperschaften und Staaten anders getroffen. Der Basler Regierungsrat hat sich bekanntlich entgegen Bedenken der Datenschutzbeauftragten und für die nun vorliegende Lösung entschieden. Wir haben in Bezug auf die Implementierung dieser Cloud-Lösung einige sehr konkrete Empfehlungen und Forderungen formuliert. Insbesondere darf die Verantwortung für die Einhaltung des Datenschutzes nicht bei jeder einzelnen und jedem einzelnen Mitarbeiter liegen, es braucht Gesamtlösungen für den ganzen Kanton und es braucht auf jeden Fall eine hinreichende Implementierung einer Exit- und Backup-Strategie.

Auch was die Bautätigkeit des Kantons anbelangt, zumindest bei den grossen und komplexen Projekten, besteht weiterhin erheblicher Handlungsbedarf oder grössere Herausforderungen. Im Rahmen des sogenannten Drei-Rollen-Modells besteht aus unserer Sicht eine Notwendigkeit zur Stärkung der Nutzerdepartemente. Auch haben unsere Untersuchungen, wie diejenige zum Neubau des Naturhistorischen Museums/Staatsarchiv klargemacht, dass es weiterhin erheblichen Verbesserungsbedarf bei der Planung und Kommunikation gegenüber dem Parlament gibt.

Neu für uns war der Aspekt, dass bei der Auftragsvergabe an Baufirmen Erfahrungswerte des Kantons mit Baufirmen und deren Referenzprojekte heute keine Rolle zu spielen scheinen und das, obwohl die Submissionsgesetzgebung dies zumindest bis zu einem gewissen Grad durchaus ermöglichen würde. Ich habe das auf heute hin noch einmal nachgeschaut. Konkret wird bei solchen Projekten im Hochbau heute bei der Submissionsvergabe in Basel das Preisschild, wie im Fall des NMB, zu 60 Prozent gewichtet. Die Gesetzgebung auf Bundesebene erlaubt eine Gewichtung von 50 Prozent. Es ist sogar eine Gewichtung von unter 50 Prozent zulässig, solange die Zuschlagskriterien transparent, nachvollziehbar und nicht diskriminierend sind. Was die Berücksichtigung von eigenen Erfahrungen und Referenzprojekten anbelangt, so berücksichtigt offenbar heute schon das Tiefbeamt bei solchen Projekten diese mit. Also es wäre möglich, Erfahrungsprojekte und Referenzprojekte stärker zu gewichten und stärker in Betracht zu ziehen und nicht nur das blosse Preisschild.

Unsere Forderung nach einer besseren statistischen Erfassung von Demonstrationen wurde entsprochen. Sie sehen, ich muss heute grosse Themensprünge machen, aber der GPK-Bericht hat auch wirklich eine grosse Bandbreite an Themen abgedeckt. Nun sind wir bei den Demonstrationen. Trotzdem, auch wenn es nun diese besseren statistischen Erfassungen gib, ist die Kommunikation zu dieser Thematik nach wie vor zu wenig differenziert und daher ungenügend. Es kann in der öffentlichen Wahrnehmung zu Missverständnissen führen, wenn jede Mahnwache mit fünf Personen genauso als Demonstration erfasst und gerechnet wird, wie ein Umzug mit mehreren tausenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Aber es haben natürlich nicht alle unsere Empfehlungen und Forderungen eine Wirkung. So gibt es in unserem Bericht auch Evergreens oder auch Everblacks. Dazu gehören unsere Forderungen nach mehr Kundenorientierung beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat und die Einhaltung der gesetzlichen Bearbeitungsfristen oder unser frommer Wunsch, dass bei der Abteilung Gleichstellung und Diversität verhältnismässig mehr Männer arbeiten sollten.

Nicht alles aber wiederholt sich, so gibt es zum Beispiel auch offensichtliche Fehler und Fehlleistungen, bei denen wir als GPK hinschauen müssen und auch benennen müssen. Die fehlerhafte Berechnung von Marchzinsen durch die Steuerverwaltung und die nachträgliche Korrektur individuellen Steuerkonten ist eine solche Fehlleistung. Es geht nicht um riesige Summen, aber wenn bei der Steuerverwaltung ein Rechenfehler erkannt wird, dann sollte nicht ohne sofortige Information an die betroffenen Bürgerinnen und Bürger Korrekturen an deren Steuerkonto vorgenommen werden. Unsere Untersuchung in diesem Fall hat auch zutage gefördert, dass sich bei der Rechnungsstellung eine Überprüfung aufdrängt und auch bei der Software der Steuerverwaltung eine Anpassung an andere Kantone vonnöten ist.

Auch ein offensichtlicher Fehler ist der Staatskanzlei bei der Berechnung und Kommunikation der Wahlbeteiligung im Vorfeld der kantonalen Wahlen passiert. Ein offensichtlicher Fehler, der ja wahrscheinlich gerade bei den hier Anwesenden im Raum zu grossem Rätselraten geführt hat, wieso denn die Wahlbeteiligung so hoch sein soll und sie war ja dann schlussendlich nicht so hoch.

Im vergangenen Jahr hat sich auch abgezeichnet, dass einige Probleme sich verschärft haben und auch neue Herausforderungen auf den Kanton zugekommen sind. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang die Personalproblematik. Herausforderungen gibt es da nicht nur in Bereichen wie bei der Kantonspolizei, wo sie schon heute wegen Personalmangel offensichtlich sind. In vielen Bereichen wird es beim Kanton und ausgelagerten Firmen in den kommenden Jahren viele Pensionierungen geben, zum Beispiel bei den Basler Verkehrsbetrieben. Da ist es wichtig, dass diese Herausforderungen rechtzeitig angegangen werden.

In anderen Bereichen steigen die Belastungen oder die Resilienz sinkt. Ein Beispiel dafür sind die vielen und heute schon diskutierten vermehrten Ausfälle bei Lehrerinnen und Lehrer. Aus unserer Sicht drängen sich da verstärkte Bemühungen in Bezug auf den Gesundheitsschutz der Mitarbeitenden auf. Der Kanton hat ja vor kurzem eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt, deren Ergebnisse liegen uns vor. Diese Befragung hat gewissen Handlungsbedarf verdeutlicht und sicher mit dazu beigetragen, dass der Regierungsrat die bekannten Massnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität ausgearbeitet hat. Diese Massnahmen zu kommentieren ist nicht unsere Aufgabe. Wichtig finden wir aber, dass von jetzt an in regelmässigem Abstand eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt wird, damit Veränderungen beobachtet und festgestellt werden können. Es ist daher gut, dass der Regierungsrat beabsichtigt, in regelmässigem Abstand, zum Beispiel alle drei Jahre, eine Mitarbeiterbefragung durchzuführen.

Die Ausgaben in Zusammenhang mit psychischen Problemen von Kindern und Jugendlichen sind weiter gewachsen. Die Wartelisten für Therapieplätze sind lang und all das widerspiegelt auch eine gewisse Zuspitzung. Manche Massnahmen wurden ergriffen, aber wir zweifeln, dass dies schon genügt. Es braucht definitiv eine Intensivierung der Prävention, ganz besonders im Hinblick auf die Nutzung sozialer Medien. Zudem braucht es dringend zusätzliche Mittel für Schulsozialarbeiter und schulpsychologischen Dienst und systematischere Bemühungen zur Steigerung der Zahl an Therapieplätzen. Auch die Problematik der mangelnden Zahl an Gruppen- und Spezialräumen an vielen Schulen hat sich verstärkt, da die Schülerinnen- und Schülerzahlen stärker angestiegen sind als erwartet. Das Raumangebot entspricht an vielen Schulhäusern nicht den Bedürfnissen der integrativen Schule. Wir erwarten, dass bei Schulbauprojekten und Umbauten mehr Reserven eingeplant werden.

Beim Kunstmuseum wurde aufgrund finanzieller Herausforderungen und Budgetüberschreitungen ein Steuerungsausschuss eingesetzt, der die neue Direktorin unterstützen soll. Wir erwarten, dass der eingesetzte Steuerungsausschuss im vorgesehenen Zeitraum bis Ende 2026 die Reorganisation des Kunstmuseums steuert und der ordentliche Betrieb danach mit den regulären Personalressourcen sichergestellt wird.

Zu den neuen Herausführungen gehört in diesem Zusammenhang auch der Anstieg des Drogenkonsums im öffentlichen Raum. Vermehrter Kokain- und Opioidkonsum und die Pregabalin-Abhängigkeit vieler Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus sind dabei nur einige Stichworte. Zu einer gewissen Verlagerung des Drogenkonsums in den öffentlichen Raum trägt offenbar mit bei, dass es an Plätzen in betreuten Wohneinrichtungen mangelt, dies muss unbedingt angegangen werden.

Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und insbesondere der Cyberkriminalität, der Geldwäscherei und des Menschenhandels, alle sie leiden unter dem Personalmangel bei der Kantonspolizei und unter den erheblichen Belastungen von Teilen der Staatsanwaltschaft. Denn die Strafverfolgung ist in diesen Feldern besonders aufwendig. Wir erwarten besonders bei der Cyberkriminalität mehr Zusammenarbeit mit anderen Kantonen. Bei der Staatsanwaltschaft drängt sich gerade in diesen Bereichen aus unserer Sicht eine weitere Aufstockung der Ressourcen auf. Wichtig ist uns dabei, dass bei der laufenden Reorganisation der Strafverfolgung auch die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft in ihren Kompetenzen und Ressourcen gestärkt wird.

Zu guter Letzt ist es mir wichtig, allen ausdrücklich zu danken, die zum Zustandekommen unseres diesjährigen Berichtes beigetragen haben. Regierung und Verwaltung danken wir für die meist sorgfältige Beantwortung unserer Fragen. Neben meinem Vizepräsidenten Erich Bucher und den elf anderen Kolleginnen und Kollegen in unserer Kommission möchte ich an dieser Stelle insbesondere den Kleeblattdiensten danken, mit denen wir viel zusammenarbeiten, also der Ombudsstelle, der Datenschutzbeauftragten, der Finanzkontrolle und natürlich auch dem Parlamentsdienst. Ganz besonders danken möchte ich unserer Kommissionssekretärin Kathrin Pavic für ihre in jeder Beziehung herausragende Arbeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich möchte zunächst der Geschäftsprüfungskommission im Namen des Regierungsrats herzlich danken für ihren Bericht und für die grosse Arbeit, die die GPK auch im vergangenen Jahr geleistet hat. Die GPK bestätigt dem Regierungsrat, der Verwaltung und den Gerichtsbehörden, dass sie überwiegend eine gute Arbeit geleistet haben. Auch dafür möchte ich danken. Zum einen, weil uns unsere Oberaufsicht heute bestätigt, dass wir gut unterwegs sind und das will etwas heissen, denn wir alle wissen aus eigener Erfahrung, dass die GPK ihre Aufgabe sehr ernst nimmt. Zum anderen bedanke ich mich, weil uns die GPK auch dieses Jahr auf einiges hinweist, woran wir arbeiten und wo wir uns vielleicht auch verbessern können. Ich danke für die konstruktive Zusammenarbeit und möchte betonen, wir sind bereit, unsere Lehren zu ziehen aus Fehlern, die die GPK moniert. So geben sie uns auch dieses Jahr konkrete Anregungen. Auf zwei solche Punkte, die sie auch in ihrer Medienmitteilung prominent erwähnt haben, möchte ich kurz eingehen.

Zunächst zu unserem Legislaturbericht. Mit Blick auf den neuen Legislaturplan für die Jahre bis 2029 fordert die GPK eine Schärfung bei den Zielen und bei der Berichterstattung zu den Erfolgen und Misserfolgen. Der Präsident der GPK hat dies jetzt auch in seinem Votum nochmals betont. Konkret wünscht die GPK mehr Messbarkeit. Sie empfiehlt, dass wir die Legislaturziele durch die Auswahl geeigneter Indikatoren klar definieren. Erfolg und Misserfolg sollen damit messbar werden. Ebenso fordert die GPK, dass wir im Jahresbericht offenlegen, wenn sich Massnahmen verzögern.

Zur Messbarkeit folgendes: Dazu dienen aktuell die Schlüsselindikatoren, mit denen der Regierungsrat in seinem Jahresbericht über den aktuellen Entwicklungsstand in wichtigen Bereichen über die Legislatur hinaus informiert. Dabei handelt es sich um messbare Grössen mit Zielwerten, etwa die Nettoschuldenquote, den kantonalen Wettbewerbsindikator oder die Sozialhilfequote. Das Ampelsystem bei den Schlüsselindikatoren gibt Hinweise darauf, wo wir auf Kurs sind und wo wir im Hintertreffen sind bei der Umsetzung. Im roten Bereich, also eben nicht auf Kurs, sind wir aktuell bei der Emission von Treibhausgasen und bei der Sek 2-Quote, also beim Ziel, dass 95 Prozent der Jugendlichen bis zum 25. Altersjahr einen Abschluss auf Stufe Sek 2 haben. Wir setzen uns hier also heute bereits quantitativ messbare Ziele.

Bei vielen Legislaturplanmassnahmen ist es aber nicht ganz so einfach, Indikatoren festzulegen. Ein Beispiel aus dem aktuellen Legislaturplan, da ist eine der Massnahmen, die Attraktivität der Innenstadt zu stärken. Ich bin der Meinung, dass uns das ganz gut gelungen ist, denken Sie an die Neugestaltung der Freien Strasse oder an verschiedene Massnahmen aus dem Stadtbelebungsfonds. Hier aber quantitative Indikatoren festzulegen, würde schwierig. Mit der qualitativen Beurteilung zum Stand der Umsetzung erreichen wir häufig eine präzisere Einschätzung. Wir wollen aber seitens Regierungsrat die Frage der Messbarkeit einzelner Massnahmen, Ziele oder Schwerpunkte im kommenden Legislaturplan prüfen.

Mit der Sek 2-Quote, der schon erwähnten, befasst sich die GPK besonders ausführlich. Zu Recht stellt die GPK mit Besorgnis fest, dass die Erhöhung der Sek 2-Abschlüsse während der letzten vier Jahre nicht erreicht werden konnte. Ich kann Ihnen für meinen Regierungskollegen Mustafa Atici und aus meiner eigenen Erfahrung im Erziehungsdepartement versichern, dass wir mit Hochdruck an dieser Thematik arbeiten. Gerade weil uns die Sek 2-Quote vor grosse Herausforderungen stellt, haben wir dieses Thema frühzeitig zu einem der Schlüsselindikatoren in unserer Berichterstattung gemacht. Wir weisen Ihnen also transparent aus, wie der aktuelle Stand der Dinge ist. Wir müssen aber vor Erwartungen warnen, dass es hier schnell geht, denn gerade eben dieser Sek 2-Indikator ändert sich von Natur aus nur langsam. Der Indikator bildet den Schulabschluss von Menschen von 15 bis 25 Jahren ab, damit schlagen sich Änderungen frühestens nach zehn Jahren überhaupt erst in der Statistik nieder.

Der Regierungsrat wird sich gegenüber der GPK wie üblich im Herbst ausführlich zu allen Empfehlungen äussern. Ebenfalls wie gewohnt wird der Regierungsrat dann bis zum kommenden Frühjahr gegenüber der GPK eine erste Standortbestimmung machen und festhalten, wo wir bei der Umsetzung der Empfehlungen stehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Kritik, Ihre Anregungen, Ihr waches Auge auf die Tätigkeit von Regierungsrat und Verwaltung und eben nicht zuletzt auch dafür, dass Sie uns im Grossen und Ganzen doch auch eine ordentliche Arbeit bescheinigen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Das Wort hat nun der Gerichtsrat und deren Präsident Stephan Wullschleger. Er verzichtet. Dann haben wir die ersten Fraktionssprechenden, für die LDP ist es Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Vorweg, die LDP-Fraktion folgt allen Anträgen der GPK und wird den vorliegenden Jahresbericht vorbehaltlos genehmigen. Die GPK hat in 83 Sitzungen, 30 Hearings und unzähligen Nachfragen das Handeln im Berichtsjahr überprüft. Dazu kommt die überaus grosse zusätzliche Arbeit des Verfassens der einzelnen Teilberichte durch die zuständigen Kommissionsmitglieder. Es war wahrlich eine Mammutaufgabe, bei der Milizparlamentarier an ihre Grenzen stossen, zumal dieses Jahr, was man verbessern sollte, der Jahresbericht des Regierungsrates zwei Wochen später als erwartet bei uns einging.

Das Resultat ist quantitativ und qualitativ beeindruckend. Die LDP anerkennt diese Leistung ausdrücklich und verbindet dies mit dem herzlichen Dank an die GPK für ihre grosse und wertvolle Arbeit. Mein spezieller Dank gilt vor allem auch Frau Dr. Kathrin Pavic, unsere unermüdliche Kommissionssekretärin. Ohne ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihren riesigen Aufwand wäre das vorliegende Resultat nicht möglich gewesen.

Dieser fundierte und sorgfältige Jahresbericht der GPK ist für die LDP Spiegel, aber auch Richtschnur für die Beurteilung des staatlichen Handelns im Berichtsjahr. Die LDP steht hinter den Feststellungen, Empfehlungen und Erwartungen der GPK und erwartet auch, dass diese vom Kanton aufgenommen respektive umgesetzt werden. Ich gehe im Folgenden auf einige Punkte näher ein, welche der LDP besonders wichtig erscheinen:

Zuerst zur IT-Governance. Nachdem in den letzten Jahren die GPK regelmässig die IT-Mängel und Schwachstellen in der kantonalen Verwaltung moniert hat und auch die Finanzkontrolle Mängel festgestellt hat, ist es tatsächlich an der Zeit, klare departementsübergreifende Verantwortlichkeiten zu schaffen. Es braucht dringend eine klar definierte IT-Governance, ein gesamtkantonales IT-Portfolio und eine Zentralisierung der IT-Dienste, zumal der Regierungsrat in einem anderen Zusammenhang selber eingestanden hat, dass die heutigen aktuellen IT-Strukturen den Ansprüchen nicht vollständig gerecht werden.

Zumindest folgende IT-Themen müssen zentral gelöst werden: Die zentrale IT-Sicherheit, zentrale einheitliche Lösung zur Verschlüsselung heikler Mails, der Kanton muss die Selbstblockierung durch hunderte von dezentralen IT-Projekten überwinden, es braucht ein einheitliches Konzept für den Umgang mit der riesigen Datenmenge bzw. der Prüfung veralteter und unzulässiger Einträge und Autorisierungen. Es braucht eine zentrale Regelung von KI-Einsatz und zentrale Registrierungspflicht für die KI-Anwendung. Die LDP hofft und ist guten Mutes, dass mit dem Projekt «Pharos» endlich etwas in diese Richtung unternommen wird. Entscheidend dabei ist, dass der Informationsbeauftragte in Bezug auf Ressourcen, Weisungsbefugnis und Unabhängigkeit massiv mehr Kompetenzen erhält als bisher. Und in diesem Zusammenhang ist es auch von grosser Wichtigkeit, dass der Aufgabenkatalog der Datenschutzbeauftragten, so auch die Empfehlung der GPK, um das Thema Cybersicherheit erweitert wird.

Ich komme noch zur Cloud-Lösung von Microsoft. Wenn sich auch die LDP den Vorteilen dieser pragmatischen Cloud-Lösung nicht ganz verschliesst, ist doch das Vorgehen der Regierung in dieser wichtigen Thematik zu hinterfragen. So konnte die Regierung den von externen Experten prognostizierte minimale Kontrollverlust bei dieser Cloud-Lösung nie näher quantifizieren. Fakt ist, dass es einen solchen gibt. Das Papier, dass die Regierung ausarbeiten liess, ist ein internes Dokument, das nicht öffentlich einsehbar ist. In Zeitungsberichten wird darauf hingewiesen, dass die externe Partnerfirma einen Ersatzschlüssel für den Zugang zu den Daten der Basler Verwaltung habe und alle vertraglichen Abmachungen, die ein Datenabfluss durch ausländische Behörden ausschliessen sollen, wurden vor dem Amtsantritt von Trump gemacht. Dass die eindeutigen Warnrufe der Datenschutzbeauftragten ungehört verhalten, ist ein weiteres schwieriges Zeichen und dass Dänemark sich gemäss Zeitungsberichten noch in diesem Jahr komplett von Microsoft trennt aus Gründen der sogenannten digitalen Souveränität, sollte dem Basler Regierungsrat zu denken geben. Zumindest sollte sich der Regierungsrat klar und deutlich zum verbleibenden Restrisiko äussern und ein regelmässiges Risk-Assessment implementieren.

Dann noch ein paar Worte zum Drei-Rollen-Modell bei Bauvorhaben. Ein Kernpunkt bei der Eruierung von Problemen bei grossen Bauvorhaben des Kantons ist meist die mangelnde Einbindung des Bestellers. Mangelhafte Bestellungen führen zu teuren Nachbesserungen, da sie nicht in die ordentliche Planung einfliessen. Die Nutzerinteressen sind also von Anfang an korrekt zu erfassen und einzubringen im Planungsprozess. Bei der von der Regierung eingeleiteten Überprüfung des Drei-Rollen-Modells ist deshalb sicherzustellen, dass die Nutzer optimal eingebunden werden und das von Anfang an. Dazu gehört, dass der Nutzer bereits in der Jury zur Auswahl des Bauprojektes Einsitz nimmt und mitbestimmt, damit nicht schwergewichtige architektonische und städtebauliche Kriterien zu Lasten der Gebraucherfreundlichkeit zum Zuge kommen. Auch sollte der Nutzer zur Stärkung seiner Position eine Abmahnpflicht haben, wenn gegen seine Interessen gebaut werden soll.

Und noch ein weiterer Punkt über das IWB und die erneuerbare Energie. Interessant und richtig findet die LDP die Aussagen der IWB an einem Hearing, wonach der Photovoltaikausbau in den Sommermonaten zu einer Überproduktion führt, die weit über den Bedarf liegt, und die die Aufnahmekapazität des bestehenden Netzes überschreitet. Die IWB ist der Auffassung,

dass der Ausbau deshalb optimiert erfolgen soll, ohne dass auf jedem Dach eine Anlage gebaut werden müsse. Dazu kommt, dass mit dem Ausbau der PV-Anlagen sich die Netznutzungskosten auf wenige Kunden verteilen, was den Strom tendenziell verteuert. Ob das per Analogie auch für die Fernwärme gilt, das kann offenbleiben, aber beim weiteren Ausbau ist diesen Themen Beachtung zu schenken.

Nochmals mit bestem Dank an alle Beteiligten von Kanton und Verwaltung und der GPK für die wertvolle Arbeit wird die LDP allen Anträgen folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die FDP ist Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): In den letzten Jahren empfahl die GPK immer wieder, dass die beiden Risikoberichte des Regierungsrates zusammengelegt werden. Gemäss dem Regierungsrat hat heute das FD den Auftrag, den Risikobericht zuhanden der Regierung zu verfassen. Die GPK hat diesen Bericht und die Arbeiten zur Zusammenführung der Portfolios zur Kenntnis genommen. Das Risikomanagement ist eines der wichtigsten Führungsaufgaben überhaupt.

Dies führt mich zur leidigen Diskussion rund um die geplante Einführung der Microsoft-Cloud-Lösung. Wenn ich richtig orientiert bin, nicht die einzige Cloud-Lösung, die im Kanton zum Einsatz kommt. Die GPK hat zur Einführung der Cloud-Lösung einige Verbesserungsvorschläge gemacht. Sie hat aber nicht erklärt, dass die Software nicht eingeführt werden darf. Sie hat auch keinen Projektabbruch gefordert oder alternative Lösungen vorgeschlagen. Wieso ist dem so? Weil der Regierungsrat genau das gemacht hat, was man von Führungskräften erwarten muss. Der Regierungsrat hat die beiden Risiken von Cyberangriffen und den Datenzugriffen der USA gegenübergestellt und dann das kleinere der beiden Übel gewählt. Auf der einen Seite verbessert sich mit dem MS 365 der Schutz wie Vertraulichkeit, Verfügbarkeit, Integrität, Nachvollziehbarkeit, Virenschutz, Hackerangriffe oder Datenlecks. Auf der anderen Seite ist die Frage eines möglichen Zugriffs der US-Administration auf die Microsoft-Daten, die in der Schweiz gespeichert sind. Der Regierungsrat ist so weit gegangen, dass er betreffend mögliche Zugriffe aus den USA externe Studien in Auftrag gegeben hat. Der Regierungsrat hat meiner Meinung nach seine Hausaufgaben gemacht und dann in seiner alleinigen Kompetenz entschieden. Der GPK gegenüber hat der Regierungsrat bestätigt, dass er das M 365-Risiko wie bereits das Cyber-Risiko ins Risk-Portfolio aufnehmen wird. Die GPK wird also in den nächsten Jahren immer wieder die Möglichkeit haben, die Risikobeurteilung des Regierungsrates zu überprüfen.

Wie Sie sehen, stehe ich hinter dem Entscheid des Regierungsrates und dies im Kontrast vieler hier Anwesenden und auch der Datenschutzbeauftragten. Ich finde es persönlich sehr seltsam, dass die Datenschutzbeauftragte direkt an die Presse gelangt ist. Ich hätte mindestens erwartet, dass sie, wie dies im § 50 des IDG vorgesehen ist, eine vorab eine der beiden Oberaufsichtskommissionen involviert und zusammen mit dieser eine vertiefte Analyse durchgeführt hätte. Sie hätte auch das Projekt mit einer Verfügung stoppen können, was nicht gemacht wurde. Somit haben eigentlich die Oberaufsichtskommissionen und die Datenschutzbeauftragte die Einführung genehmigt.

Im Kontrast zu diesem Sturm im Wasserglas ist es erstaunlich, dass sich der Grosse Rat und auch die Datenschutzbeauftragte nie zu den Hardware-Risiken aus China geäussert hat. Alle PCs, die Netzwerke, Mobil, WLAN-Komponenten des Kantons und vieles andere mehr stammen aus dort. Sind wir hier wirklich alle davon überzeugt, dass China keine Bausteine in diese trojanischen Pferde einbaut? Was der GPK zu diesem Thema übrig bleibt, sind vier Empfehlungen und keine einzige Forderung. Und es bereits hier jetzt gesagt zu haben, wir brauchen keine zusätzliche Lex Mikrosoft, wie wir auch keine Lex China brauchen. Es ist im IDG bereits alles abschliessend geregelt.

Wenden wir uns den anderen Themen zu, welche die GPK intensiv beschäftigt haben. Ich beginne mit der Steuerverwaltung. Sie erinnern sich, dass wir vor einem Jahr dazu berichtet haben, dass falsche Steuerverfügungen versandt wurden. Für Bund, Kantone und Gemeinden sind falsche Verfügungen das grösste Reputationsrisiko. Stimmen diese Verfügungen nicht, ist das Vertrauen in die Verwaltung weg. Deshalb hat die GPK vor einem Jahr beim Hearing den Regierungsrat explizit gefragt, ob neben den falschen Verfügungen andere Probleme bekannt sein, was damals verneint wurde. Die GPK wusste jedoch von Steuerpflichtigen bereits damals, dass es Probleme mit der Zinsberechnung gibt. Es wurden dabei Steuerpflichtigen Belastungszinsen berechnet, obwohl sie Guthaben beim Kanton hatten.

Da die GPK zu wenig Knowhow und auch keine Ressourcen hat, hat sie der Finanzkontrolle, die Revisionsstelle des Kantons, den Auftrag gegeben, die Problematik zu untersuchen und anschliessend zu berichten. Ich danke der Finanzkontrolle für die Überprüfung der Korrekturarbeiten des Steueramtes und die Bestätigung, dass nach etwa einem Jahr alle Korrekturen abgeschlossen waren. Ich hoffe, dass sich der Regierungsrat bei denjenigen bedankt hat, welche die Fehler gemeldet haben. Es ist als Aussenstehender peinlich, feststellen zu müssen, dass eine einfache Kontokorrentführung zu falschen Zinsen geführt hat, und es ist mir unerklärlich, wieso dass der Kanton für jeden Steuerpflichtigen pro Steuerjahr ein neues Konto eröffnet und es dadurch notwendig macht, dass laufend Umbuchungen von einem Konto auf das andere notwendig sind. Ich empfehle dem Regierungsrat, dies so rasch wie möglich zu ändern und nur noch ein Konto pro Steuerpflichtigen zu führen.

Noch ein paar Worte, die nicht direkt im Zusammenhang mit dem Jahresbericht stehen. Wir hören, dass es wieder sehr lange dauert, bis die Steuerveranlagungen an die Steuerpflichtigen versandt werden. Es wäre schön, wenn die zuständige Regierungsrätin hier noch ein kurzes Update geben könnte.

Zum Gesundheitsdepartement. Die GPK empfiehlt, den Dialog zur Spitalplanung mit Kanton Baselland und den anderen Kantonen der Nordwestschweiz zu stärken und die Zusammenarbeit schrittweise zu vertiefen. Auch hier aus aktuellem Anlass, im Moment sieht es nicht danach aus, dass dieser Dialog wirklich geführt wird. Zumindest Baselland scheint da in der Spitalplanung eine Absage an Basel erteilt zu haben. Es stellt sich die Frage, wie es so weit kommen konnte. Auch hier würden wir uns heute wünschen, eine kurze Wasserstandsmeldung zu erhalten.

Diejenigen unter Ihnen, die schon länger dabei sind, haben sicher gestaunt, dass ich nicht wie üblich mit der Qualität des Jahresberichtes begonnen habe. Meine Aussage war immer, dass der Bericht ein Marketinginstrument und kein Rechenschaftsbericht sei, da auch Probleme, Verzögerungen und Mehrkosten angesprochen werden. Zu meiner Überraschung muss ich feststellen, dass einige Departemente, leider nicht alle, dies zu Herzen genommen haben. Danke dafür.

Ein Wermutstropfen gibt es trotzdem. Die GPK musste feststellen, dass es offensichtlich eine maximale Beschränkung der Zeichen pro Departement gibt. Persönlich habe ich den Eindruck, dass es aber auch eine Mindestzahl an Zeichen gibt, musste ich doch feststellen, dass bei den Themen preisgünstiger Wohnbau, OECD-Steuern, Green Bonds vier bis fünf Mal der genau gleiche Text, exakt der gleiche Text mit Copy-Paste abgedruckt wurde. Ich denke, wir müssen hier nicht über Sinn und Zweck solcher Wiederholungen sinnieren. Sie sind einfach nur ärgerlich.

Ich komme zum Abschluss. Es ist die Aufgabe der GPK, den Finger auf die wunden Stellen zu zeigen, was einen negativen Eindruck hinterlassen kann. Wir dürfen als Fraktion aber feststellen, dass in der Verwaltung, den Gerichten und den Kleeblattorganisationen gute Arbeit geleistet wird. Wir bedanken uns bei Ihnen allen. Die FDP-Fraktion wird dem GPK-Bericht zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die Mitte-EVP ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Der diesjährige Jahresbericht der GPK entstand unter erheblichem Druck, damit Sie ihn noch vor der Sommerpause zusammen mit dem Jahresbericht der FKom zur Kenntnis nehmen können. Dies gelang und das ist nicht selbstverständlich. Vieles wurde schon gesagt von meinen Kollegen, von den einzelnen Themen möchte ich die folgenden drei herausgreifen.

Herr Faesch hat es schon gesagt, ein Evergreen für die GPK ist das Drei-Rollen-Modell. Dieses steht seit der PUK zum Biozentrum im Fokus, auch wieder bei der St. Jakobshalle und nun beim Naturhistorischen Museum. Dazu möchte ich Ihnen ein plastisches Beispiel nennen, es geht um das Staatsarchiv. Unsere Vorfahren haben das Staatsarchiv vorausschauend oben auf dem Münsterhügel und somit sicher vor Überschwemmungen verwahrt. Das Staatsarchiv ist bestückt mit wertvollen Papieren, wie wir ja wissen. Es kommt nun in ein Untergeschoss unterhalb des Grundwasserspiegels. Erste Zweifel der GPK anlässlich einer ersten Rohbaubegehung wurden bestätigt, das Wasser drückt durch. Inzwischen soll dies alles dicht sein, dennoch, man fragt sich, wie lange wohl und warum wurde hier nicht einfach mit gesundem Menschenverstand geplant und das Staatsarchiv an einen sicheren, trockenen Ort verbracht. Es sind auch hier die Nutzerinteressen, die hinten angestellt werden, wichtig sind architektonische, optische Überlegungen und das brüskiert die GPK. An erster Stelle, das hat auch schon Herr Faesch gesagt, muss der Nutzen eines Gebäudes stehen und nicht, ob es nun architektonisch wertvoll ist oder nicht.

Zweitens, in Bezug auf die St. Jakobshalle erwartet die GPK nun eine Aufarbeitung des ESC und eine neue Auslegeordnung, was denn nun noch für Investitionen notwendig sind und wann endlich mit der Abschlussrechnung gerechnet werden darf. Auch dort liegt noch vieles im Unklaren. Wenn nun die Deckenlastkapazität dank des ESC erhöht wurde und allenfalls befriedigend sein sollte, ist der GPK doch nicht klar, was nun für den Backstagebereich, die Reporter- und Speaker-Kabinen gilt, ob dort noch immer Steinzeitkonditionen herrschen oder ob auch dort Verbesserungen stattfanden. Auch ob nun Bratwürste und Pommes wie üblich im Gebäude zubereitet werden können oder ob man dies noch immer im Freien tun muss, was die GPK für unhaltbar hat.

Drittens, in Bezug auf den Einzug der Fernwärme stehen sich die Reaktionen aus der Bevölkerung, wie sie der GPK zugehen, und die Wahrnehmung der Verwaltung diametral entgegen. Dass nun im Sinne einer Lenkungsabgabe diejenigen Hauseigentümer, die in einem mit Fernwärme erschlossenen Gebiet wohnen, weniger Subventionen erhalten als diejenigen, die in einem Gebiet ohne Fernwärme wohnen, führt zu Empörung. Denn diejenigen, die früh umgestellt hatten, erhielten trotz Fernwärme in ihrer Strasse hohe Beiträge, die Langsameren haben nun das Nachsehen. Die Bevölkerung fühlt sich der Willkür ausgeliefert und dann nützt alles Kommunizieren nichts, notwendig wären klare sachliche Bedingungen und eine gleiche Ausgangslage für alle.

Ich habe hier nun noch ein paar Beispiele erwähnt. Meine GPK-Kollegen haben schon und werden noch weitere nennen und unser Bericht erhält viele Details. Lesen Sie ihn, er ist aufschlussreich.

Im Namen der Mitte-EVP-Fraktion danke ich Ihnen für die Genehmigung dieses Berichts.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Auch ich schliesse mich natürlich dem Dank an die kantonalen Mitarbeitenden an und auch an die Kolleg*innen der GPK, insbesondere auch der Sekretärin Kathrin Pavic, die wirklich einen ausserordentlichen Effort leisten musste in diesem Jahr.

Ich habe in meiner Zeit hier im Grossen Rat viele Debatten zu GPK-Berichten erlebt und ehrlich gesagt, waren nicht alle Sternstunden parlamentarischer Kultur. Häufig war es eher ein Kesseltreiben gegen Regierungsmitglieder als eine sachliche Debatte über einzelne Herausforderungen und die Probleme in unserem Staatswesen und in der Verwaltung. Das ist aktuell eher nicht mehr so und das ist gut so. Wir können heute auch einen Bericht diskutieren, der faktenbasiert und differenziert zu sein versucht. Der Bericht lädt dazu ein, über die genannten Herausforderungen zu debattieren und sachliche Lösungen zu finden. Ich bin gespannt auf die heutige restliche Debatte, bleibt es beim sachlichen Ton, wir werden es sehen. Aus unserer Sicht braucht es für eine wirksame Politik keine Schuldzuweisungen, sondern inhaltliche Lösungen. Auch wenn wir uns bei diesen oft nicht einer Meinung sind, können wir auch ohne politische Spiele darüber debattieren. Ich werde nun auf vier Punkte aus dem Bericht näher eingehen.

Der erste Punkt betrifft die tiefe Quote bei den Sek 2 -Abschlüssen. Die GPK hat das Thema vor allem im Zusammenhang mit der kritischen Betrachtung der Indikatoren für die Legislaturziele beleuchtet. In diesen hat sich der Regierungsrat eine Erhöhung dieser Quote zum Ziel gesetzt. Basel-Stadt, das wissen Sie, ist beim Anteil der 25-jährigen mit einem Sek 2-Abschluss weiterhin Schlusslicht unter den Kantonen. In den letzten vier Jahren ist dieser Anteil kaum gestiegen. Das ist ein klares Warnsignal. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob der gewählte Indikator überhaupt geeignet ist, um kurzfristige Fortschritte abzubilden, oder ob er politisches Lernen erschwert, weil die Reaktionszeit zu lang ist.

Die GPK kritisiert zu Recht den späten Projektstart der sogenannten Laufbahnoptimierung. Dass erst 2024 eine Gesamtstrategie erarbeitet wurde, obwohl das Problem seit Jahren bekannt ist, zeugt von mangelnder Prioritätensetzung. Besonders für Kinder und Jugendliche mit erschwerten Startbedingungen ist eine vorausschauende, koordinierte Bildungspolitik zentral, und zwar vom Kindergarten bis zur Berufslehre oder Matur. Hinzu kommt, und darauf möchte ich Ihre Aufmerksamkeit lenken, die Schulen allein können das Problem nicht lösen. Es braucht ein vertieftes Verständnis für die sozialen Realitäten der betroffenen Jugendlichen. Familiäre Belastungen, Armutsrisiken, Migration oder mentale Gesundheit spielen eine entscheidende Rolle. Auch diese Themen müssen wir angehen, wenn wir die Abschlussquote erhöhen wollen.

Fazit: Der Zugang zu einem Sek 2-Abschluss ist ein Schlüssel zur sozialen Teilhabe. Wir sind überzeugt, dass das Thema beim neuen Departementsvorsteher die nötige Aufmerksamkeit erhalten wird und wir werden daran arbeiten, dass künftig auch ausserschulische Faktoren systematisch in der Analyse und Lösung einbezogen werden.

Zum zweiten Thema, den Zwischennutzungen. Zwischennutzungen bieten Raum für Innovation, Kultur und Beteiligung und Gemeinwohl orientierte Stadtentwicklung. Basel hat mit Projekten wie am Klybeckquai oder dem Freiwerk im ELYS gezeigt, wie wertvoll temporäre Nutzungen sein können, für die Bevölkerung wie auch für die Stadtentwicklung. Die GPK stellt fest in ihrem Bericht, dass heute vorausschauender geplant wird als früher. Erfolgreiche Zwischennutzungen werden teilweise in Folgeprojekte überführt. Aber es fehlt weiterhin ein strategischer Rahmen. Zwischennutzungen dürfen nicht von Zufall abhängen oder nur dort möglich sein, wo Eigentümer mitspielen. Das laufende Forschungsprojekt zur Wirkung von Zwischennutzungen, etwa im Bereich Sicherheit, ist ein wichtiger Schritt. Entscheidend ist aber, dass die Erkenntnisse nicht nur veröffentlicht, eine Forderung der GPK, sondern auch politisch umgesetzt werden. Zwischennutzungen brauchen rechtliche, planerische und finanzielle Absicherung, wenn sie dauerhaft wirken sollen.

Fazit: Zwischennutzungen sind ein Teil einer demokratischen Stadtentwicklung von unten. Sie stärken das Gemeinwesen, schaffen bezahlbaren Raum und machen Transformation für die Bevölkerung erlebbar. Wir fordern eine verbindliche Strategie im kantonalen Richtplan und ein transparentes Verfahren zur Auswahl von Trägerschaften.

Thema drei, der Umgang der Kantonspolizei mit Demonstrationen. Die Zahl an Kundgebungen in Basel zeigt eine lebendige Demokratie. Dass das JSD im letzten Berichtsjahr vermehrt auf Dialog, Deeskalation und moderne Kommunikationsstrategie setzt, ist ein Fortschritt. Auch die Haltung des neuen Polizeikommandanten, wonach Demonstrationen möglichst ohne Ordnungsdienst stattfinden sollen, verdient Anerkennung. Gleichzeitig deckt der Bericht aber auch Defizite auf. Bei Grosseinsätzen, besonders bei Polizeikesseln, Freiheitsentzügen im Rahmen von Personenkontrollen fehlen nach wie vor klare einsatzbezogene Richtlinien. Die Tatsache, dass keine verbindlichen Vorgaben zur Versorgung der betroffenen

Personen mit Wasser, Zugang zu Toiletten oder medizinische Hilfe gibt, ist aus menschenrechtlicher Perspektive unhaltbar, besonders wenn auch Kinder, Jugendliche oder Unbeteiligte betroffen sein können.

Problematisch ist, das hat auch der Präsident in seiner Rede erwähnt, auch die Darstellung der Demostatistik. Wenn Mahnwachen und Demonstrationen gleich gewichtet werden, entsteht ein verzerrtes Bild des tatsächlichen Einsatzaufwandes mit potenziell politischen Konsequenzen. Eine differenzierte, transparente Statistik ist notwendig, um Vertrauen zu stärken und die öffentliche Debatte faktenbasiert zu führen.

Fazit: Das Versammlungsrecht ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Wir begrüssen eine dialogorientierte Polizeistrategie und erwarten rechtsstaatliche Standards bei allen Einsätzen.

Zuletzt zum Kanton als Arbeitgeber. Die Mitarbeitendenbefragung zeigt ein differenziertes Bild, aber ein klares Muster. Viele Mitarbeitenden empfinden die Arbeitsbelastung als hoch, die Löhne als unattraktiv und die Rahmenbedingungen als verbesserungswürdig. Und das in einer Zeit, in der der Fachkräftemangel längst Realität ist. Wer soll den Kanton künftig noch am Laufen halten, wenn immer mehr qualifizierte Personen fehlen? Wenn offene Stellen nicht besetzt werden können, steigt der Druck auf die verbleibenden Teams, was wiederum zu weiteren Abgängen führen kann. So entsteht eine Abwärtsspirale, die schwer zu stoppen ist. Der Regierungsrat reagiert auf diese Situation mit dem Lohnmassnahmenpaket, das ist aus unserer Sicht richtig und angezeigt. Es braucht aber auch andere Verbesserungen, etwa moderne Arbeitsplätze, flexible Arbeitszeitmodelle, betriebliche Gesundheitsförderung und eine Kultur der Wertschätzung. Die Verwaltung muss attraktiv sein, nicht nur für neue Mitarbeitende, sondern auch für jene, die bleiben wollen. Wer gute öffentliche Dienstleistungen will, muss für gute Arbeitsbedingungen sorgen. Der Kanton soll Vorbild sein, nicht Nachzügler, und wichtig wäre uns auch, dass jedes Departement mit Abteilungen mit auffälligen Befragungsresultaten wirklich auch konkrete Verbesserungen in Angriff nimmt und transparent darüber berichtet.

Zum Schluss möchte ich im Namen der SP-Fraktion der GPK für ihren ausgewogenen faktenbasierten Bericht danken. Wir sehen in einigen Themenfeldern Handlungsbedarf, aber auch Fortschritte. Die Sozialdemokratische Fraktion setzt sich dafür ein, dass Basel-Stadt nicht nur effizient verwaltet, sondern sozialgerecht, transparent und demokratisch weiterentwickelt wird. Dafür braucht es klare politische Prioritäten, die Bereitschaft zur Veränderung und den Mut, auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Genau das erwarten wir auch von der GPK.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP das Wort hat Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Die Fraktion der Grünliberalen schliesst sich dem Dank an die Regierung, an die Verwaltung, die Kleeblattorganisationen und allen Involvierten an. Der Dank gilt auch der Geschäftsprüfungskommission, die ja bekanntlich die Aufgabe hat, staatliches Handeln hinsichtlich Angemessenheit, Berechenbarkeit, Effizienz, Kundenfreundlichkeit, Rechtmässigkeit und Transparenz zu prüfen und zu fördern. Wir sind überzeugt, dass die Arbeit der GPK für das Vertrauen der Öffentlichkeit in staatliche Institutionen wichtig ist. Weder ist dieses Vertrauen selbstverständlich, noch hat es eine Regierung vorbehaltlos verdient.

Das wache Auge der GPK und die Gewissheit, dass Konflikte, Vorwürfe und der eine oder andere Skandal in einer grossrätlichen Oberaufsicht und mit Hilfe von professionell aufgestellten Kleeblattorganisationen untersucht und falls nötig öffentlich kritisiert wird, schafft dieses Vertrauen. Die Gewissheit steigert aber auch seitens Regierung die Aufmerksamkeit dafür, stets so zu handeln, dass sie sich jederzeit erklären kann. In ihrem Jahresbericht etwas eigenwilliger, als wenn sie von der GPK dazu befragt wird. Einmal im Jahr, also heute, interessieren die konkreten Empfehlungen der GPK, die handfeste Kritik der Kommission an der regierungsrätlichen Arbeit. GPK-Präsident Tim Cuénod und andere sind auf die wichtigsten Punkte bereits eingegangen.

Die Grünliberalen begrüssen die Empfehlungen der GPK, wir unterstützen diese und sind überzeugt, dass sie seitens Regierung als hilfreiche Hinweise für die Verbesserung des kantonalen Handels aufgenommen und umgesetzt werden. Wichtig sind aber auch die Untersuchungen, in denen die Kommission feststellen konnte, dass die Regierung trotz anfänglicher Befürchtungen erwartungsgemäss gearbeitet hat. Dass die GPK vermehrt auch Untersuchungen mit positivem Ergebnis im Bericht publiziert, begrüssen wir. Und auch der Entscheid, wo eine Empfehlung vonnöten ist und wo nicht, wo sie Sinn macht und wo nicht, finden wir sehr sinnvoll. Hier wünschen wir uns etwas mehr Systematik seitens der GPK. So wäre es interessant zu erfahren, welche Empfehlungen aus vorgängigen Berichtsjahren zu gewünschten Optimierungen führten und welche nicht. Hier besteht seitens GPK noch etwas Luft nach oben.

Für die Grünliberale Fraktion ist die Transparenz des staatlichen Handels immer wieder ein Thema. Handelt der Kanton transparent und tut er es nachvollziehbar? Wir begrüssen darum, dass die GPK sich bei den unzähligen Themen auch die Frage der Transparenz immer wieder stellt und entsprechende Erwartungen formuliert. Auch die seitens GPK angeregten Instrumente zu diesem Zweck halten wir für eine wichtige Ergänzung im Jahresbericht der Regierung. Neben dem

Projektportfolio, das nun seit einigen Jahren fixer Bestandteil des Jahresberichtes der Regierung ist, erscheint uns auch die Bilanzierung des Legislaturplans ebenfalls ein aufschlussreiches Instrument.

Wir ermuntern die GPK dazu, weitere Optimierungen am Reporting der Regierung anzuregen. Wir denken, dass diese selbstkritische Form der Reflexion im Jahresbericht der Regierung wünschenswert ist und eben dieses Vertrauen schafft. Es geht auch darum aufzuzeichnen, welche Ziele noch nicht erreicht sind und wo sich Lösungen nicht ganz so einfach erweisen, wie das eine zunehmend polarisierende Politik zu oft behauptet. Wir wünschen uns eine Exekutive mit mehr Mut dazu zu stehen, wenn sie zur einen oder anderen Herausforderung noch keine Lösung auf den Tisch legen kann und dass sie dies im Jahresbericht festhält. Auch das schafft Vertrauen. Hier besteht seitens Regierung noch etwas Luft nach oben.

In diesem Sinne empfehlen die Grünliberalen, den Bericht der GPK zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA das Wort hat Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Die GPK stellt fest, dass der Regierungsrat davon ausgeht, dass die US-amerikanische Regierung innerhalb des eigenen Rechtsrahmens handle. Das ist aus meiner Sicht oder aus Sicht von BastA die brisanteste Aussage im GPK-Bericht. Es mag sein, dass diese Aussage vielleicht unter Biden noch einigermassen berechtigt war, inzwischen muss man sich aber schon ziemlich alle Augen und Ohren verschliessen, um immer noch daran zu glauben, dass die Trump-Administration den Rechtsstaat respektiert. Illegale Festnahmen, Ausschaffungen und Inhaftierungen im Terror-Gefängnis in El Salvador, Unterdrückung von Meinungsfreiheit, Einsatz des Militärs gegen die eigene Bevölkerung, Richter*innen werden zum Feind erklärt, wenn sie nicht so entscheiden, wie Trump es will, und sensible Daten von Millionen von Amerikaner*innen werden vom Finanzamt an Elon Musk weitergegeben, und so weiter und so fort. Wer jetzt noch daran glaubt, die US-Regierung handle innerhalb des Rechtsrahmens, ist nicht mehr naiv, sondern grobfahrlässig.

Wir von BastA erwarten deshalb, dass die Regierung die Verantwortung übernimmt, von der sie sonst so gerne spricht, und den Umstieg auf Microsoft 365-Cloud sofort stoppt bzw. rückgängig macht, sofern sie bereits erfolgt ist. Klar ist die Suche nach Alternativen mühsam, ich kenne das aus eigener Erfahrung, und Open-Source-Lösungen, wie es jetzt beispielsweise Dänemark mit Linux und LibreOffice angeht, sind aufwendiger einzuführen und auch nicht ganz so einfach, da die Administration aufrecht zu erhalten, und sie bieten auch nicht den Komfort und die Serviceleistungen, die Microsoft bietet, das ist klar. Aber bei der Kantonsverwaltung handelt es sich nicht nur um einen kleinen Verein oder einen Handwerksbetrieb, der mal pragmatisch den einfacheren Schritt machen kann, hier geht es um hochsensible Daten von uns Einwohner*innen. Da reicht es nicht festzuhalten, dass M365 nicht für die Daten mit sehr hohem Schutzbedarf genutzt werden darf. Im Alltag und im Stress können sehr schnell Fehler passieren, es können beispielsweise sensible Angaben in einer Mail weitergeschickt werden. Es ist Aufgabe der Regierung, für eine IT-Infrastruktur zu sorgen, die auch dann den Datenschutz sicherstellt, wenn Mitarbeitende Fehler machen und das ist bei Microsoft 365 nicht der Fall.

Und ja, die Sorge vor Hackerangriffen ist berechtigt und Microsoft bietet hier sicher einen guten Service und einen ziemlich guten, wenn auch nicht hundertprozentigen Schutz, aber es ist sicherlich nicht die einzige Möglichkeit, sich zu schützen. Unser Anspruch muss es sein, eine sichere IT zu haben, ohne unsere Daten potenziell an die Trump-Administration zu verkaufen. Noch besteht die Möglichkeit für einen Notstopp beim Umstieg in die Cloud. Liebe Regierung, ich frage Sie, was muss Trump noch alles tun, damit Sie die Bremse ziehen?

Der Datenschutz ist ein grosses und ein schwerwiegendes Problem, aber nicht das einzige. Ich werde noch ein paar weitere Punkte etwas ausführen und ganz vieles nicht sagen, das ebenfalls wichtig wäre.

Bei den BVB werden ein Drittel des Personals bis 2030 in die Pension gehen, also bis in fünf Jahren. Beim Erziehungsdepartement hat die Pensionierungswelle auch bereits begonnen und wird sich weiter verschärfen und generell steht die Verwaltung vor der Herausforderung, dass sehr viele erfahrene Mitarbeitende in den nächsten Jahren in die Pension gehen. Gleichzeitig hat die Mitarbeitendenbefragung gezeigt, das haben wir bereits gehört, dass die Arbeitsbelastung vielerorts zu hoch ist, die Arbeitsumgebung und die Gesundheitsförderung ungenügend. Hinzu kommen die Unzufriedenheit über Lohn und Lohnnebenleistungen. Wir von BastA sind froh, dass wenigstens die letzten Punkte nun angepasst werden. Damit sind die Probleme aber längst nicht vollständig gelöst und die Zeit drängt. Heidi Mück hat das heute Morgen am Beispiel der Lehrpersonen bereits deutlich aufgezeigt. Der Kanton muss als Arbeitgeberin attraktiver werden und dem Gesundheitsschutz hohe Priorität geben, um die anstehenden Pensionierungen zu ersetzen und die Mitarbeitenden dann auch zu halten.

Und noch hier ein paar Worte an meine bürgerlichen und rechten Kolleg*innen. Wenn Sie bei jeder Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Kantonspersonal davon reden, dass diese auf keinem Fall besser sein dürfen als in der Privatwirtschaft, dann blenden Sie nicht nur aus, dass gerade die von Ihnen hochgelobten innovativen Arbeitgeber*innen längst bessere Arbeitsbedingungen haben als der Kanton, und Sie riskieren, dass der Kanton in Zukunft schlicht nicht mehr genügend Mitarbeitende findet. Was das heisst, können wir heute schon spüren, wenn die Polizei beispielsweise bei

Ruhestörung nicht mehr kommt oder das Tram nicht mehr fährt, der Takt ausgedünnt wird. In Zukunft werden die Kinder dann vielleicht nicht mehr unterrichtet, die Baubewilligung kommt nicht nur zu spät, sondern gar nicht mehr, und im Spital können Sie Ihren Angehörigen gleich selber waschen oder das Essen mitbringen. All das kennen wir aus dem nahen und fernen Ausland bereits sehr gut. Ich hoffe wirklich, dass es hier in diesem reichen Kanton nicht so weit kommt.

Grosse Herausforderung sind auch der Schulraummangel, die Schulwegsicherheit und die Verbesserung beim Drei-Rollen-Modell. Hier erwarten wir von BastA, dass die Zusammenarbeit zwischen den Departementen weiter verbessert wird. Der Aufgabenberg ist gross und kann nur bewältigt werden, wenn alle an einem Strick ziehen. Und gerade beim Schulraummangel sehen wir jetzt schon, dass beispielsweise die Einführung von Förderklassen oder weitere Unterstützungsmassnahmen nicht wirklich umgesetzt werden können, wenn der Schulraum dafür fehlt, wenn die Gruppenräume dafür fehlen, usw.

Wir von BastA freuen uns darüber, dass mit der Laufbahnoptimierung im integrativen Bildungsmodell endlich etwas unternommen wird, damit mehr junge Erwachsene einen Bildungsabschluss machen können. Es braucht jedoch mehr als eine bessere Kommunikation über die Vorteile der Lehre oder die Unterstützung von jungen Menschen auf ihrem Weg zum Abschluss. Wir von BastA erwarten, dass auch die Lehrbedingungen verbessert werden. Gemäss einer schweizweiten Umfrage der UNIA gab ein Drittel der Lernenden an, im Betrieb Rassismus, Mobbing oder sexuelle Belästigung erlebt zu haben, und mehr als die Hälfte der Lernenden gab an, mehr als neun Stunden pro Tag arbeiten zu müssen. Es gibt keinen Hinweis und uns konnte auch nichts darüber gesagt werden, dass es in Basel-Stadt weniger schlimm wäre. Wir müssen also davon ausgehen, dass die Durchschnittswerte aus der Schweiz ungefähr auch in diesem Kanton gelten. Das heisst, hier braucht es unbedingt eine bessere Aufsicht, eine bessere Lehraufsicht, damit die Lehrqualität verbessert werden kann und die jungen Menschen den Lehrabschluss auch machen können.

Und bleiben wir gerade bei den jungen Menschen. Zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und der Prävention in den Schulen, da können wir uns voll und ganz dem Votum von Fleur Weibel von heute Morgen anschliessen. Neben dem ED ist hier aber auch das Gesundheitsdepartement und das WSU gefordert und wir erwarten hier auch mehr Aktivität, es kann nicht alles den Schulen überlassen werden.

Zum JSD kann ich Ihnen einfach nur empfehlen, lesen Sie den Bericht der GPK und nehmen Sie ihn ernst. Das gilt grundsätzlich auch für alle anderen Teile des Berichts.

Ich möchte mich hiermit ganz herzlich bei meinen Kommissionskolleg*innen bedanken, insbesondere auch bei Kathrin Pavic, sie hat das wirklich alles sehr gut vorbereitet und eine Riesenarbeit für uns gemacht. Ich bedanke mich auch beim Regierungsrat und bei den Gerichten für die Berichterstattung und ich danke Ihnen allen für das Genehmigen des GPK-Berichts.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP das Wort hat Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Der Rechenschaftsbericht der GPK und ihr Bericht zum Jahresbericht 2024 des Regierungsrates nimmt doch diverse Punkte auf, welche es verdienen, dass sie näher beleuchtet werden.

Als erstes Thema können wir das Neubauprojekt NMB/StABS aufführen. Es standen ja von allem Anfang an schon Befürchtungen im Raum, dass das Bauen unter dem Grundwasserspiegel an diesem Ort zu Schwierigkeiten führen könnte, und diese Befürchtungen haben sich leider bewahrheitet. Schon im letzten Quartal 2023 hatten nur vereinzelte vom Schimmel befallene Stellen nachgebessert werden müssen. Schon diese nur vereinzelten sind unserer Meinung nach zu viel. Es ist später im dritten Untergeschoss weiterer Schimmelbefall entdeckt worden, das Lied ging im 2024 munter weiter. Im Januar sind weitere feuchte Stellen entdeckt worden. Wie bereits auch erwähnt, die berühmte gelbe Wanne, welche ja zur Abdichtung dieser Baustelle hätte dienen sollen, war selbst undicht. Alles in allem, das sind Baumängel, welche in ihrem Umfang und Tragweite für die SVP doch sehr befremdlich sind.

Zudem im Laufe des Projektes wurde entdeckt, dass zusätzliche Arbeitsplätze nötig sind, um den gesetzlichen Auftrag zur Digitalisierung der 12 Millionen Sammelobjekte zu erfüllen. Diese zusätzliche Anforderung erforderte eine Umplanung, verzögert das Projekt um sechs Monate und erfordert natürlich auch mehr finanzielle Mittel. Dieser Punkt geht natürlich Hand in Hand mit der scheinbar erst nach Baubeginn entdeckten Tramnutzung über das Luzernerring-Viadukt, welche eine zusätzliche Ausgabenbewilligung des Grossen Rates über ca. 1,4 Millionen Franken nach sich zog.

Diese Projektschwachstellen empfinden wir von der SVP als irritierend und wir unterstützen die Erwartung der GPK, dass die Kostenentwicklung und Terminerfüllung laufend überprüft, Mehrkosten nach dem Verursacherprinzip überbunden und die zuständigen Kommissionen des Grossen Rates bei relevanten Projektabweichungen proaktiv informiert werden. Wohlgemerkt, das gilt nicht nur für gerade dieses Projekt, das gilt für sämtliche Projekte des Kantons.

Auch beim Submissionsverfahren sind noch Verbesserungen möglich. Der GPK wurde erklärt, dass bei den Verträgen alles rechts und ordnungsmässig abgelaufen sei. Aber bei den Submissionsvergaben habe es keine Rolle gespielt, ob der Kanton mit einer bewerbenden Firma bereits negative, ungünstige Erfahrung gemacht hat oder nicht. Der Preis des Angebotes wurde mit 60 Prozent gewichtet und es ist unserer Meinung nach eine Frage des gesunden Menschenverstandes, dass man ungünstige Erfahrungen, die man mit einem Bewerber in der Vergangenheit gemacht hat, auch wirklich in eine Bewertung einfliessen lässt. Wir unterstützen deshalb die entsprechende Empfehlung der GPK, dass bei zukünftigen Submissionen Erfahrungen und Referenzprojekte als Vergabekriterium höher gewichtet werden.

Das Drei-Rollen-Modell ist ein Thema respektive wir anerkennen, dass das BVD frühere Kritikpunkte der GPK betreffend mangelnde Kommunikation zwischen BVD und dem Nutzerdepartement aufgenommen und organisatorische Anpassungen vorgenommen hat. Nicht zufriedenstellend ist aber die mehrfach geäusserte Forderung der GPK, dass das Nutzerdepartement bereits in der Jury, welche dann das Projekt auch bewilligt, Einsitz haben kann. Wir haben den Eindruck bekommen, dass Jurys auch in Zukunft weiter architektonisch und städtebaulich ausgerichtet sein werden. Wir unterstützen die erneute Forderung, dass das Nutzerdepartement auch in der Jury eingebunden wird.

Ein praktisch alle Jahre wiederkehrendes leidiges Thema ist das Bau- und Gastgewerbeinspektorat. Das war im 2024 nicht anders. Das BGI kann sein Selbstverständnis als Dienstleistungsbehörde nach Aussagen einer grossen Anzahl von Betroffenen noch viel akzentuierter wahrnehmen. Hier besteht noch ganz klar Luft nach oben. Wir anerkennen, dass Baubewilligungsverfahren in unserem Kanton komplex sind. Da sind zum Teil auch wir hier in diesem Saal daran schuldig mit immer mehr Forderungen, immer mehr komplexen Normen, etc., die zu erfüllen sind. Zum Teil sind bei solchen Verfahren zwei Dutzend und mehr Amtsstellen eingebunden. Es darf aber nicht sein, dass das Wissen, welche Amtsstellen hier angesprochen werden müssen, der Bauherr mitbringen soll. Dieses Wissen ist im BVD vorhanden und das BVD soll nach Meinung der GPK seine Koordinationsaufgabe im Sinne einer verbesserten, ich meine, einer deutlich stärkeren Verbesserung noch wahrnehmen. Auch ein Dauerbrenner natürlich die gesetzlichen vorgegebenen Bearbeitungsfristen respektiere deren beträchtliche Überschreitungen. Das BGI hat letztes Jahr schon und auch jetzt in diesem Jahr Schritte unternommen zu einer verstärkten Digitalisierung und wir hoffen sehr, dass das zu einer deutlichen Verkürzung der Bearbeitungsfristen führt. Die Bauherren in diesem Kanton haben jetzt wirklich genug gelitten.

Ich möchte die verbleibende Zeit noch nutzen, um auf die IT in unserem Kanton einzugehen. Einerseits ist es zu begrüssen, dass der Regierungsrat die organisatorischen Schwächen der IT BS jetzt endlich anerkannte und mit dem Projekt «Pharos» eine Verbesserung der Situation anstrebt. Ein anderes Thema, wir haben jetzt mehrfach gehört, ist dieser Gang in die Microsoft-Cloud. Das ist nicht technisch eine schwierige Sache, sondern die politischen Rahmenbedingungen, die da mitspielen. Diese Server stehen zwar auf Schweizer Gebiet, unterstehen aber der Hoheit der amerikanischen Firma Microsoft und Amerika kann natürlich Zugriff auf die Daten verlangen. Dieser Zugriff kann auch bedeuten, dass ein Datenabfluss stattfinden kann. Es ist ja nicht auszuschliessen, dass gerade bei unseren grossen international tätigen Firmen potenziell Daten dieser Firma auf US-Servern landen. Wenn wir sehen, wie der amerikanische Präsident sehr kreativ und sehr erratisch auch Handelsschwierigkeiten vom Zaun zetteln kann, können wir nicht ausschliessen, dass er auch einmal auf Ideen kommt, hier solche Daten auf Microsoft-Servern anzuzapfen, oder was eben auch geschehen kann, dass er verlangt, dass Services blockiert werden. Wir haben jetzt bereits gehört, vor nicht allzu langer Zeit wurden die E-Mail-Konten des Chefanklägers des internationalen Strafgerichtshof einfach mal gesperrt. Wir wissen, der Regierungsrat ist sich dieser Risiken bewusst, er hat von einer US-Firma eine Risikoanalyse machen lassen. Als ich das hörte, kam mir komischerweise der Gedanke vom Bock und dem Gärtner in den Sinn, eine US-Firma, welche eine US-Firma beurteilt. Wir erwarten ganz deutlich, dass der Regierungsrat sich klar äussert, wie er mit diesen Restrisiken umgeht.

Wir anerkennen trotz dieser Bemerkungen, dass im vergangenen Jahr sehr viel gute Arbeit geleistet worden ist, Arbeit, welche erfolgreich zu Ende geführt wurden, welche naturgemäss eher weniger bei der GPK aufschlagen, und wir danken dem Regierungsrat und der Verwaltung für diese Arbeit. Wir danken auch ganz speziell unserer Kommissionssekretärin, ohne deren kompetente Arbeit dieser Bericht nicht in der vorliegenden Form hätte erscheinen können, und bitten Sie, dem Grossratsbeschluss zuzustimmen. Ich danke Ihnen dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Schaller, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Sieber. Sie wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Danke, Beat Schaller, für die Annahme der Zwischenfrage. Ich wollte fragen, wenn sich die Nutzeranforderungen während eines Bauprojekts verändern, ist das ein Problem des Bauens oder des Nutzens und wie soll es gelöst werden?

Beat K. Schaller (SVP): Wenn diese Anforderungen vorher schon absehbar wären, dann ist es ganz klar eine Frage der Bauprojektierung, der Planung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Grüne/jgb ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Unsere Fraktion dankt dem Regierungsrat für den Jahresbericht und dankt der Verwaltung, den ausgelagerten Betrieben, den Kleeblattorganisationen und allen weiteren Involvierten für ihre Arbeit. Ich möchte auch meinen Kolleginnen und Kollegen aus der Kommission danken für die gute Zusammenarbeit und auch dem Sekretariat, das wie immer einen sehr guten Job gemacht hat.

Ich möchte beginnen mit zwei Vorbemerkungen aufgrund der Debatte einerseits heute Morgen. Raoul Furlano ist zwar nicht da, aber er und einige andere haben hier zur grossen Selbstkasteiung angesetzt gegen den Grossen Rat, dass er die Ausgaben immer weiterwachsen lasse und sich endlich mal Disziplin verordnen soll. Das ist löblich, das ist gut, wenn man das macht, aber ich denke, als Kontrollorgan, und das Parlament ist ein Kontrollorgan, dürfen wir auch das vom Regierungsrat erwarten. Denn wir dürfen nicht vergessen, es gibt auch immer wieder sogenannte Kostenüberschreitungen und auch wenn es dann am Schluss einen angeblichen Mehrwert gibt, sind es immer noch Kostenüberschreitungen. Und in dem Sinn prospektiv auf die genannten Herausforderungen finanzieller Art hoffen wir auch, dass der Regierungsrat diesbezüglich das nötige Augenmass hat und Kostenüberschreitungen möglichst verhindert.

Dann möchte ich noch vorbemerken zu dem, was der Regierungspräsident und auch unser Kommissionspräsident gesagt hat bezüglich der Legislaturziele. Ich glaube, was man dort wirklich auch nochmal anschauen muss, ist, was passiert, wenn sich Legislaturziele widersprechen. Also wir haben ein Legislaturziel, dass das Klima betrifft, da geht es um die Senkung der Treibhausgasemissionen. Wir haben ein anderes Legislaturziel, wo es um die Förderung der Standortattraktivität geht. Beim einen lamentiert der Regierungsrat, dass die Senkung der Treibhausgasemissionen, wenig überraschend, eine grosse Herausforderung ist und vielleicht nicht so einfach zu erreichen ist. Beim anderen Legislaturziel freut er sich, dass der EuroAirport die Zahl der Flugdestinationen steigern konnte und leider noch nicht das Mass von 2019 erreicht hat. Also egal, wie man das jetzt bewertet, aber diese Ziele widersprechen sich ein bisschen. Mehr fliegen, auch wenn es Scope 3 vielleicht ist, sind einfach mehr Treibhausgasemissionen. Vielleicht muss man da auch noch anschauen, wie man das genaue Bewertungsraster dieser Legislaturziele anschaut.

Allgemein lässt sich sagen, wenn man gerade auch auf die letzten Monate zurückblickt, leben wir ein bisschen in einem Sommernachtstraum mit ESC, Art, EURO, alles schöne Feste. Der Regierungsrat kann repräsentieren, kann tanzen, kann restituieren, kann feiern. Wir können da mitmachen und ich glaube, das ist sehr schön, aber es gibt natürlich auch noch eine andere Seite dieses Sommernachtstraums und das sind die realen Welten, wo man immer wieder aufwacht und sieht, was eigentlich da ist. Und ich denke, die Geschäftsprüfungskommission ist der Ort, wo diese Kontrolle am meisten stattfindet und wo dieser Rechtfertigungsdruck manchmal hart, manchmal vielleicht mit mehr Augenmass auch stattfindet.

Wir haben ein wichtiges Thema, das alle Departemente betrifft. Wir haben es zum Teil in gewissen Departementen einzeln nochmals abgehandelt, aber ich denke, das ist wirklich eine grosse Herausforderung des Kantons, die in der Mitarbeitendenbefragung auch sichtbar wurde. Einerseits Zufriedenheit, die doch sehr ambivalent war in gewissen Teilen, vor allem wenn man auf die tieferen Ebenen geht. Dann ist es die Pensionierung, die stark zunehmen wird, wir haben das schon heute Morgen gehört, und dann, das war etwas das überraschendste für mich, auch die Fragen der Gesundheit. Ich denke, in einem ganzheitlichen Ansatz, gerade wenn der Regierungsrat an diesen ganzen Arbeitsmarktzulagen, der Arbeitgeberattraktivität arbeitet, sollte man das wirklich auch mitbedenken und wir hoffen da, dass er auch wirklich den Fokus legt, gerade wenn es um den Bereich Gesundheit geht.

Wenn ich jetzt die Debatte verfolge, eines der grossen Themen scheint diese Frage der IT zu sein. Lukas Faesch hat das, glaube ich, gesagt und wenn er es nicht war, war es jemand anderes, aber ich glaube, ich möchte das einfach nochmals unterstützen und unterstreichen, die Frage der Cybersecurity und dass die Cybersecurity wirklich auch gestärkt wird vom Kanton. Ich glaube, das ist ein wichtiges Anliegen der GPK und was man auch anschauen muss, das ist eine Geschichte, die wir schon seit Jahren verfolgen, ist eigentlich die Rolle der Datenschutzbeauftragten und wie diese Rolle auch gestärkt werden kann. Vielleicht braucht es auch keine Stärkung der Datenschutzbeauftragen, sondern es reicht eine wirklich starke Cybersecurity-Figur, das muss der Regierungsrat entscheiden.

Der zweite Punkt wurde auch angesprochen, das ist dieser Gang in die Cloud und ich denke, man muss, egal, wie man das dann politisch bewertet, wir sind eine Geschäftsprüfungskommission, wir müssen das aus einer Sicht anschauen, wie kontrollieren wir die Regierung, wie können wir, das Parlament, diese Kontrolle wahrnehmen. Die politische Debatte werden wir sicher führen. Ich möchte hier nur die drei Ebenen ansprechen, die uns wichtig erscheinen. Das eine ist die strategische Ebene und das ist der US-Zugriff auf unsere Daten. Wir haben dieses Gutachten gehört, ich hoffe, der Regierungsrat wird beide irgendwann veröffentlichen oder jemand beschafft sie sich, es gibt ja das Öffentlichkeitsgesetz, vielleicht hört das ja jemand von den Medien. Aber ich glaube, was bei diesen Gutachten, wir kennen nur das eine, was dort sicher fehlt, es konzentriert sich sehr auf den Cloud Act, aber diese Gemengelage, wir müssen jetzt noch drei Jahre diese Regierung irgendwie überstehen, aber was in dieser Gemengelage eigentlich noch wichtig ist, ist, dass auch anderseitig ein direkter

Zugriff auf die Daten besteht, nämlich über die Gesetze des Nachrichtendienstes. Und was in diesem Gutachten nämlich nicht vorkommt, ist die Frage, die darüber hinausgeht, weil wenn Sie via den Cloud Act oder den anderen Rechtsetzungen arbeiten, dann müssen Sie das vor Gericht anfechten. Der Staat könnte das machen, aber er muss es vor Gericht durchsetzen, bei allen geheimdienstlichen Aktivitäten muss er das nicht. Ich weiss nicht, wie es geregelt ist.

Der zweite Punkt sind Sanktionen, das wurde von Beat K. Schaller schon angesprochen. Da ist aus meiner Sicht nicht das Problem, ich glaube auch nicht, dass das passieren würde, dass man direkt irgendwie die Basler Regierung sanktionieren würde und dann würde man abstellen, sondern ich glaube, es ist wirklich dort, man muss sich das vorstellen, dass vielleicht im Dunstkreis der Schweiz oder von Basel, der Pharma, wir wissen, es kann ja alles Mögliche sein, eine Sanktionsmöglichkeit ausgesprochen wird und dann Microsoft, oder es könnte auch ein anderer Anbieter sein, aus sich heraus entscheidet, keine Dienstleistungen mehr anzubieten, weil sie Angst haben, dass sie sich strafbar machen gegenüber der amerikanischen Regierung und dort Entschädigungszahlungen, was auch immer, machen müssen. Das ist die eine Ebene.

Die zweite Ebene ist die technische Ebene. Da fehlt mir zurzeit noch ein bisschen die Grundlage. Also wir haben gesehen, Backup-Strategie, Exit-Strategie sind in Erarbeitung, ich hätte erwartet, dass die jetzt schon da sind, dass wir das schon sehen können, und vor allem auch, dass es einen Implementierungsplan gibt. Also mich würde interessieren, ich habe so ein bisschen gehört, dass jetzt im Herbst auch der Parlamentsdienst und weiss nicht, wer alles, hier umstellen muss, aber einen konkreten Plan haben wir dazu nicht gesehen. Gleiches gilt eigentlich für den Copilot, also das ist die KI von Microsoft. Wie diese implementiert wird und wie diese genutzt werden darf, ist mir nicht klar. Die letzte ist die staatsrechtliche Ebene. Hier frage ich mich, wie die Gewaltenteilung gewahrt werden soll und bei den Gerichten dann umgesetzt wird.

Vielleicht noch ein Lob an Tanja Soland. Ich glaube, sie hat eigentlich vieles richtig gemacht, weil in den letzten 20 Jahren hat man IT-mässig ein bisschen geschlafen. Man hat jetzt aber etwas gemacht. Leider hat man den Teufel mit Beelzebub ausgetrieben.

Noch ein letzter Punkt ich hoffe, das schaffe ich noch. Was uns auch beunruhigt, ist die Zusammenarbeit zwischen Baselland und Basel-Stadt. Ich denke, wenn man Räume kühlen könnte mit dem momentanen Klima zwischen den Regierungen, dann wäre es hier schön kalt. Das gilt für das Lufthygieneamt, das sich getrennt hat, das gilt für die Gesundheitsversorgung und wir erwarten wirklich, dass der Regierungsrat hier vorwärts macht.

Ich danke einfach noch den Gerichten, weil sie sich wirklich gut gehalten haben und unsere Empfehlungen umgesetzt haben, was man auch mal lobend erwähnen darf.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist meine letzte Rede vor der parlamentarischen Sommerpause.

Ich beantrage Rückweisung und Nichteintreten. Ich habe gestern Abend diesen Bericht gelesen, ich habe es leider vergessen, ich habe es erst gestern Abend gelesen und ich habe geglaubt, ich glaube meinen Augen nicht, was in diesem Bericht steht. Ich war eigentlich sehr traurig. In diesem Bericht, den wir jetzt diskutieren von der Geschäftsprüfungskommission, sind mehrere Seiten über den Grossrat Eric Weber. Ohne mich zu fragen, was ist der Grund. Auf Seite 13 und 14 komme ich vor. Ich kann mich kurzfassen, aber ich möchte den Grund wissen, warum ich auf zwei Seiten, auf der Seite 13 und 14 vorkomme. Warum bin ich in diesem Bericht? Warum ist es zu dieser Aktion gekommen?

Man hätte mich fragen können, aber darum sage ich das jetzt noch, es ist so, ein Freund von mir hat das Wahlcouvert weggeworfen und dann hat der Freund im Rathaus ein neues Couvert geholt und die Staatsschreiberin hat mich angezeigt. Darum war ich so überrascht wegen dieser Sache. Sie wissen ganz genau, dass Sie auch einmal das Handy irgendwo verlieren oder den Geldbeutel verlieren und es gibt halt Leute, obwohl sie wissen, dass sie mich wählen müssen, die das Couvert wegwerfen. Und dann habe ich die Anzeige bekommen. Und es ist nicht kriminell, wenn man mit einem Freund ins Wahlbüro geht. Das Wahlbüro hat dann gesagt, Herr Weber, Sie müssen draussen warten. Dann haben sie den Mann in die Zange genommen, der Mann war auch schon älter und dann kam die Anzeige von Frau Schüpbach. Darum gab es die Aktion von mir am 20. Oktober 2024.

Das wäre es gewesen. Ich wünsche allen Abgeordneten einen schönen Sommer. Ich komme nicht mit auf die Grossratsreise, wir sehen uns wieder am 10. September.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir sind mit den Sprechenden durch. Der Präsident des Gerichtsrates verzichtet. Damit hat Regierungsrat Cramer das Wort. Er verzichtet ebenfalls. Der Präsident der GPK wünscht das Wort.

Tim Cuénod (SP): Vielen Dank für die konstruktive Debatte an alle, die sich beteiligt haben. Sie alle, die unserer Kommission nicht angehören, haben aufgrund der unterschiedlichen Schwerpunkte der Voten sehen können, dass uns natürlich unterschiedliche Themen und Empfehlungen unterschiedlich wichtig sind. Und doch fällt auf, wir alle stehen zu diesen Empfehlungen, es ist eine gewisse Leidenschaft spürbar und es geht uns allen um die Sache, um konstruktive Kritik und die Verbesserung der Arbeit von Regierung und Verwaltung. Wir sind stets bemüht auszusprechen, was ist und nichts zu beschönigen und zu bemänteln, und wir sind im gleichen Masse bemüht, stets sachlich zu sein und jeden Eindruck zu vermeiden, ein untersuchtes Thema aus machtpolitischen Gründen zu instrumentalisieren. Natürlich ringen wir oft um unsere Prioritäten, um das richtige Vorgehen und um konkrete Formulierungen, aber vor allem sind wir ein wirklich gutes Team mit einer heute häufig schon genannten ausgezeichneten Kommissionssekretärin. Ausdrücklich danken möchte ich dabei auch dem einzigen Sprecher aus der Kommission, der heute uns in seinem Votum ein wenig kritisiert und auch einen konkreten Vorschlag eingebracht hat.

Ich möchte noch einige Anmerkungen machen zu dem, was Regierungspräsident Cramer gesagt hat. Wenn uns messbare Ziele und Indikatoren wichtig sind, dann liegt das nicht daran, dass wir alles quantitative Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wären, also Mathematikerinnen, Naturwissenschaftler, IT-Fachleute oder Ökonomen, und doch sind wir und ich insbesondere ein grosser Fan klarer Ziele, die auch messbar sind. Ich möchte das anhand der beiden Beispiele erläutern, auf die Herr Regierungspräsident Cramer vorhin eingegangen ist.

Es war gut, dass sich der Regierungsrat zu Beginn der abgelaufenen Legislatur das Ziel gestellt hat, dass mehr Jugendliche und junge Erwachsene einen Sek 2-Abschluss erzielen sollen, denn wir sind der Kanton, in dem am meisten Jugendliche und junge Erwachsene heute weder eine Lehre abschliessen noch eine Schule mit Maturität verlassen. Man hat dabei allerdings die Massnahmen erst offenbar 2023 ausgearbeitet und wichtig ist, dass der Indikator vielleicht nicht optimal gewählt war. Es ist zwar ein Bundesziel, dass man sagt, es sollten über 95 Prozent der 25-jährigen einen Sek 2-Abschluss erreichen, aber wie Herr Regierungspräsident Cramer richtig erwähnt hat, man kann Erfolge erst ungefähr nach zehn Jahren messen. Da wäre es vielleicht auch sinnvoll zu schauen, wie es aussieht bei den 20-jährigen, wie hoch ist die Zahl der 20-jährigen, die einen Sek 2-Abschluss erzielen und wie verändert sich diese Zahl. Das wäre sicher noch ein etwas sinnvollerer Indikator, weil sich Erfolge schnell messen liessen. Es ist natürlich etwas anders als das Bundesziel, aber so lassen sich Indikatoren, denke ich, auch verbessern.

Ich bin ausdrücklich der Meinung, dass vieles sich messen lässt, wenn man wirklich sinnvolle Indikatoren aussucht. Zum Beispiel auch die genannte Attraktivitätssteigerung der Innenstadt. Man könnte sich zum Beispiel das Ziel setzen, innerhalb eines Jahres sechs Strassenzüge mit 1,1 Kilometer Länge aufzuwerten oder man könnte sich zum Ziel setzen, dass die Abwärtstendenz bei der Zahl der Innenstadt-Besuchenden gestoppt wird und die Zahl der Besuchenden in der Innenstadt an einem Samstagnachmittag mindestens stabilisiert wird oder sagen wir, um 5 Prozent erhöht wird. Man könnte die Zahl der Veranstaltungen in der Innenstadt messen und vieles mehr. Also sogar bei einem solchen Ziel liesse sich schon in Prosa einiges machen, es liessen sich quantitative Ziele aufstellen und sie könnten auch durchaus sinnvoll sein. Wir finden es, wie gesagt, wichtig, dass man sich klare Ziele setzt und dass die auch möglichst messbar sind.

Wir haben mit ein bisschen Pathos auch einen hohen Anspruch formuliert, dass wir hin und wieder Licht ins Dunkle bringen müssen. Ganz so düster ist es nun in der Regierung und der Verwaltung nicht überall. Es ist nicht überall dunkel, aber es ist auch wichtig, dass wir einen wichtigen Beitrag leisten, um Transparenz herzustellen und mit der Formulierung ist auch vielleicht ein gewisser aufklärischer Anspruch verbunden. Regierung und Verwaltung sollen keine obskur charismatische Geheimwissenschaft sein. Entscheidend ist nicht, dass Regierungsmitglieder durch performative Leistungen glänzen, entscheidend ist, dass die kantonale Verwaltung im Interesse aller Baslerinnen und Basler gut funktioniert, Regierungsrat und Verwaltung sich sinnvolle Ziele setzen, diese im Augen behalten, für ihre Ziele auch Rechenschaft ablegen und dass man hier an dieser Stelle gut darüber diskutieren kann. Wir versuchen in diesem Sinne als Geschäftsprüfungskommission unseren Beitrag zu leisten.

Ich danke allen, die sich an der heutigen Debatte in irgendeiner Form beteiligt haben und insbesondere natürlich an der Arbeit der GPK im vergangenen Jahr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen.

Herr Weber hat Eintreten bestritten. Dies ist aber obligatorisch und kann nicht angefochten werden. Deshalb kommen wir zu seinem Rückweisungsantrag. Er beantragt, diesen an die GPK zurückzuweisen.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Rückweisung an die GPK JA, nicht zurückweisen NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 88 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006841, 25.06.25 16:41:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Bericht nicht zurückweisen mit 88 Nein-Stimmen gegen 2 Ja-Stimmen.

Detailberatung des GPK-Berichts und des Jahresberichts des Regierungsrates.

Wir kommen zum Präsidialdepartement. Herr Cramer, wünschen Sie das Wort? Er verzichtet. Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Somit ist dieses Departement erledigt.

Wir kommen zum Bau- und Verkehrsdepartement. Frau Keller verzichtet. Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen.

Erziehungsdepartement. Ich habe auch hier keine Sprechenden eingetragen.

Finanzdepartement. Hier gibt es eine Wortmeldung von Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Vielen Dank, dass ich hier kurz sprechen darf. Mir wurde nachgeflüstert, es geht sicher um die Cloud, nicht ganz korrekt, es geht nicht um die Lagerung an der Cloud, sondern es geht um den Standort und den Zugriff auf die Cloud. Vielen Dank an die GPK, dass sie das Thema aufgenommen hat, es hat mich sehr gefreut, dass Sie diesem Thema die Gewichtigkeit geben, die es effektiv hat.

Es sind die Daten unserer aller und dieser Datenschutz hat auch enorm viel mit Vertrauen zu tun und Vertrauen, das stärkt man durch Transparenz. Wir müssen diese Transparenz schaffen. Ich habe mit Interesse vernommen, dem GPK-Bericht und auch dem Bericht der Finanzkommission, dass zwei Gutachten erstellt wurden. Einerseits eines zur Rechtsgrundlage. Ich vermerke hier ein Artikel im IDG mit einem Satz, in dem es um die Auslagerung geht, und ein zweites Gutachten, das haben wir ja schon gehört, von einer US-Kanzlei zum Cloud Act. Ich denke, wir müssen hier Transparenz schaffen und es wäre wirklich gut, wenn wir Zugang zu diesen Gutachten erhalten. Ich mache das nicht ganz ohne Eigennutz. Natürlich gerade im Hinblick auf meine Motion würde mich das Gutachten zur Rechtsgrundlage enorm interessieren, weil es nützlich sein könnte in der Argumentation, und ich bin auch sicher, dass die Regierung hier auf dieses Gutachten zurückgreifen wird.

Dann möchte ich einfach nochmal, weil es gerade heute in den Nachrichten war, ein bisschen um Nachsicht bitten und auch ein bisschen Verständnis schaffen, dass heute Microsoft so häufig in unseren Mündern war und auch viel dazu berichtet wurde. Verträge mit US-Firmen haben einen schweren Stand, zu Recht. Wir haben jetzt gehört, bei den Kampfjets, das seien Pauschalpreise, nun zeichnet sich ab, dass es doch vielleicht nicht Pauschalpreise sind und alles ein bisschen anders wird. Ich glaube, wir müssen einfach ganz vorsichtig sein. Wir haben hier eine sehr spezielle Weltlage, eine spezielle Situation und es ist gut, wenn man hier eine Extraportion Sicherheit, eine Extraportion Risikobewusstsein entwickelt. Wir müssen wirklich darauf achten, dass unsere Daten geschützt sind und es sind nicht nur die Cyberangriffe, das ist wie eine andere Schutzsache. Unser Datenschutz, das hat Tonja Zürcher sehr schön gesagt, unser Datenschutz beinhaltet halt nicht nur das, sondern es beinhaltet auch ein möglicher Zugriff durch andere Regierungen und beides müssen wir verhindern. Es ist natürlich toll, dass die Regierung grundsätzlich bereit ist, das Restrisiko zu übernehmen, aber das wird nicht ausreichen.

Dann nehme ich es vorweg, bei den Gerichten, es war sehr spannend zu hören, dass hier offenbar eine Lösung gefunden wird oder an der Lösung gearbeitet wird. Ich möchte hier einfach darauf hinweisen, falls eine Zürcher Lösung angedacht ist, Zürich hat eine Lösung gewählt mit einer Zürcher Cloud, in der Fachliteratur ist das hoch umstritten und ich hoffe sehr, dass wir in Basel einen besseren Finish machen als in Zürich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Soland wünscht das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Vielleicht nur kurz, weil heute ja auch die Journalisten aufgefordert wurden, diese Gutachten doch bitte herauszuverlangen. Selbstverständlich kann das der Grosse Rat auch selbst, auch die Kommissionen. Wie Sie vielleicht dem Artikel von Patrick Rudin entnehmen konnten in der BZ, hat er Einsicht erhalten in dieses Gutachten

dieser amerikanischen Kanzlei. Die hat uns leider eine Klausel in den Vertrag genommen, dass es uns verboten ist, diese zu publizieren. Warum hat sie das gemacht, nicht wohl aus Gründen, weil sie nicht transparent sein möchten oder damit wir das nicht können, das sind wahrscheinlich finanzielle Hintergründe. Es wäre wahrscheinlich auch viel teurer geworden, haben sie uns gesagt, wenn wir das wollen, müssten wir das nochmal anschauen. Da sehen Sie, da waren wir nicht so gut im Verhandeln, kann man uns vorwerfen, sonst hätten wir das natürlich auch gemacht und dann hätte der Journalist die nicht bei uns anschauen müssen. Das ist die Problematik. Daher müssen die Journalisten, sie können es versuchen, aber das Problem ist, dass die auf diese Klausel bestanden haben. Wenn Sie da ein öffentliches Gutachten wollen, dann müssen wir das nochmal einholen bzw. dann wahrscheinlich auch schauen, wie dann die Kosten sind und wer das macht. Einfach damit Sie das schon wissen.

Das zweite ist, glaube ich, von, wenn mich nicht alles täuscht, der Kanzlei Vischer wahrscheinlich, da werde ich schauen. Ich nehme an, wenn eine Kommission das will, kann sie es sagen, ich muss nachschauen, was dort die Klauseln sind. Wir können es nicht immer selber bestimmen, die Gegenseite hat da manchmal auch ein gewisses finanzielles Interesse, muss ich Ihnen sagen, weil wenn Sie ein Gutachten machen und nachher profitieren alle Kantone, alle Verwaltungen davon, ist das vielleicht eine andere Voraussetzung, als wenn Sie es nur für eine Verwaltung machen. Aber selbstverständlich können Sie das über die Kommissionen heraus verlangen, da müssen Sie nicht über die Journalisten gehen. Wir schauen das nochmals nach, ob wir das können, aber beim einen muss ich Ihnen sagen, das kann ich nicht von mir aus veröffentlichen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Sprecher der GPK verzichtet auf ein Votum.

Deshalb gehen wir zum Gesundheitsdepartement. Der Departementsvorsteher verzichtet ebenfalls. Ich habe keine Sprechenden eingetragen und der Präsident der GPK verzichtet ebenfalls.

Somit kommen wir zum JSD. Frau Eymann verzichtet auf ein Votum. David Jenny hat sich als Sprecher gemeldet.

David Jenny (FDP): Der GPK-Präsident hat schön gesagt, die GPK beschönige nichts. Wenn ich jetzt mir die Seiten 63 bis 65 zu den Demonstrationen anschaue, dann glaube ich doch, dass ein bisschen beschönigt wird oder nach dem Motto, aus der Statistik, aus dem Sinn oder vielleicht ein bisschen netter gesagt, andere Statistik, anderer Sinn. Da wird suggeriert, ja gut, wenn man das ein bisschen anders darstellt in der Statistik, dann kommt dann das Publikum zum Schluss, das sei überhaupt nicht so beeinträchtigend mit diesen Demonstrationen. Herr Pfister hat gesagt, ja, je mehr Demos, desto lebendiger die Demokratie. Das ist seine Beurteilung, aus meiner Sicht gibt es Demonstrationen und Demonstrationen. Es gibt bewilligte Demonstrationen, die friedlich ablaufen, die sich an Routen halten, und es gibt auch gewisse andere Demonstrationen. Dann hat Herr Cuénod ja jetzt vorgeschlagen, als messbares Ziel mehr Innenstadtbesucher und ich hoffe, er hat nicht gedacht an mehr Demonstranten, sondern auch an Besucherinnen und Besucher, die auch unsere Geschäfte nutzen in der Innenstadt.

Und ich meine, Wirtschafts- und Eigentumsfreiheit sind auch Grundrechte, das wird auf der linken Seite meist so nicht gesehen. Und da hat es gewisse Vorschläge, pseudonyme Eingaben. Es wird gesagt, es ein Riesenhindernis, einen Ausweis hochzuladen. Ja gut, ich hätte auch Verständnis, wenn man auf einem Polizeiposten diesen vorlegen kann, aber was heisst Pseudonym, da wird irgendein Alias verwendet. Ja gut, wenn das nur ein Deckname ist und der richtige Name ist der Polizei immer noch bekannt, wer verantwortlich ist, oder soll man jetzt zukünftig einfach unter Che Guevara, Rosa Luxemburg, Karl Marx sich anmelden dürfen? Das ist ja wirklich eine Umgehung auch dieses Bewilligungsverfahrens und dieses Bewilligungsverfahren ist zulässig. Ich glaube, es wird dann gesagt, Förderung von Ansprechpersonen, also wenn das durch diese Pseudonymität sein soll, ist das eine ziemliche Pseudo-Massnahme, die wirklich einfach das Bewilligungserfordernis in das Leere laufen lässt. Und da bin ich schon ein bisschen erstaunt, dass da offensichtlich die gesamte GPK dem so zustimmt.

Und dann wird am Schluss gesagt, dass die Kommunikation zur Demostatistik noch differenzierter nach Grösse der Demonstration erfolgt, ja gut, das kann man, sowie Aussagen zu Aufwand und Einschränkungen in Kontext, ja, in welchen Kontext gesetzt werden? Ich meine, dann kommt es nur noch auf die Qualität der Medienmitteilung an und Sie glauben wirklich, dass die Personen, die zum Beispiel am Samstag in unserer Innenstadt sind, mit dem Tram fahren, dann kommen alle Durchsagen, welche Tramlinien jetzt nicht fahren können, dass die dann sagen, ja, ich lese die Medienmitteilung nachher und dann bin ich beruhigt, es war nicht so einschränkend. Das ist doch relativ naiv. Ich glaube, bei besseren Absprachen mit Ansprechpersonen, die man kennt, kann wahrscheinlich auch die BVB und die Polizei viel besser beurteilen, was wirklich im öffentlichen Verkehr einzuschränken ist. Also ich glaube, auf diesen Seiten hat die GPK kräftig beschönigt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): David Jenny, vielen Dank für den Debattenbeitrag, den ich gerne aufnehme. Zuerst zum Thema der Anmeldung. Die GPK hat in diesen verschiedenen Hearings auch mit der Polizei diskutiert und hat dort auch eine gewisse Offenheit dafür gespürt, insbesondere beim neuen Kommandanten, dass man auch einen pragmatischen Weg gehen will, um Demonstrationen einigermassen im Rahmen abhalten zu können, und da gehört auch dazu, dass es einfache Bewilligungsmöglichkeiten gibt. Das ist vielleicht aus einer privilegierten Position nicht so nachzuvollziehen, aber da können sehr viele Nachteile daraus bestehen und es wäre sehr hilfreich, um hier konstruktiv mit den Leuten zu sprechen, hier Vertrauen aufzubauen zwischen der Polizei und Demonstrantinnen und Demonstranten. Da sind wir auch nicht blauäugig, natürlich ist das nicht mit allen Demonstrant*innen möglich, aber es geht darum, welche Kultur man hat und wie man das versucht zu lösen.

Zum Thema der Trams, die ja offenbar das grösste Problem sind an Demonstrationen, dort haben wir das auch diskutiert. Ich glaube, das ist wahrscheinlich im Bericht nicht aufgenommen worden, aber dort ist das Thema, dass wir auch anregen, dass die BVB hier auch nicht grossräumig absperrt, sondern dass man hier auch pragmatische Wege findet. Das geschieht ja zum Teil auch mit der Auswahl der Demorouten und unsere Erfahrung war oder unser Eindruck war, dass man immer gerade grossräumig abgesperrt hat und das ist natürlich nicht im Interesse der gesamten Gesellschaft.

Dann zu der Demostatistik. Dort geht es darum, dass das JSD tatsächlich unsere Anregung aufgenommen hat und die Demostatistik angepasst hat. Es ist natürlich komplett ein Unterschied, ob es eine unbewilligte Demo ist oder ob es eine Mahnwache ist von irgendwie zehn Leuten, und in der bisherigen Kommunikation und auch Darstellung wurde das alles in den gleichen Topf geworfen. Und das ist dann die Frage, das zeigt sich ja auch, dass das dann politisch anders diskutiert wird, als wenn man das genau aufschlüsselt, und dann hat das JSD tatsächlich in der letzten Kommunikation hinten alles schön aufgeschlüsselt, sehr verdankenswerterweise, aber hat vorne in der Grafik diese Unterscheidungen dann doch nicht gemacht. Und das war das Problem und das haben wir diskutiert, weil es genau wichtig ist, über was diskutieren wir, diskutieren wir über eine unbewilligte Demo an jedem Tag oder sind es 20, wie es, glaube ich, das letzte Jahr waren, sind das unbewilligte Demos von 5'000 Leuten, die die ganze Stadt blockieren, oder sind es 20 Nasen, die irgendwo eine Standkundgebung durchführen. Genau darum, zur Versachlichung des Diskurses sind diese Anregungen gedacht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Noch eine kleine Ergänzung zu dem, was Pascal Pfister gesagt hat. Ich denke, die Frage bei den Demonstrationen, wie Sie sie aufgebracht haben, die ist berechtigt, ich sehe den Punkt. Ich glaube, für uns als Aufsicht, wir erhalten diese Statistik und wir müssen ja etwas aus dieser Statistik lesen können. Eine Statistik, die keinen Mehrwert hat, braucht es nicht, die müssen wir nicht veröffentlichen. Wenn wir jetzt die Demostatistik anschauen, dann sehen wir, 40 Tage für das Leben. Das ist so eine Mahnwache von Abtreibungsgegnerinnen und -gegnern, die 40-mal stattfand und die 40-mal in der Statistik auftaucht. Und da geht es nicht um die politische Bewertung, was hält man jetzt von Demos oder nicht, sondern es geht um die Frage, hat die Polizei, haben weitere Behörden dadurch einen Aufwand und wenn ja, welchen. Gerade im Hinblick auf die Frage der Lage der Polizei, wie viel Aufwand, wie viel Ressourcen muss die Polizei brauchen, um all diese Demonstrationen, Mahnwachen zu organisieren. Und ich glaube, das ist eine berechtigte Frage, dass man dem JSD sagt, es ist gut, Sie veröffentlichen das, aber wir müssen ja ein bisschen wissen, was heisst das dann für Sie, weil das hat ja dann wieder Rückwirkungen auf uns. Und ob das jetzt 100 oder 200 sind, spielt vielleicht nicht so eine Rolle, die Frage ist nicht so, welche Zahl haben wir, sondern was löst diese aus und ich denke, das ist entscheidend für uns.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Eymann verzichtet auf ein Votum. Tim Cuénod möchte nochmal etwas sagen.

Tim Cuénod (SP): Ich möchte nochmal erläutern, weswegen wir diese Empfehlung so formuliert haben in Bezug auf die Statistik. Wir sind sehr dankbar, dass man in der statistischen Erfassung Fortschritte gemacht hat und dass wir Einsicht hatten auch in die Liste der Demonstrationen, der Standkundgebungen und Mahnwachen.

Wenn der erste Satz einer Medienmitteilung ist, dass im Jahr 2024 im Kanton Basel-Stadt insgesamt 326 Demonstrationen, Standkundgebungen und Mahnwachen stattfanden, während es im Vorjahr 242 waren, dann erhält die Leserin oder der Leser den Eindruck, es gebe eine massive Zunahme an Demonstrationen, fast jeden Tag eine Demonstration in Basel. Und da, und da waren wir uns als GPK einig, braucht es eine etwas differenziertere Kommunikation, weil es macht einen Unterschied, ob drei Personen vor dem Universitätsspital gegen Schwangerschaftsabbrüche demonstrieren oder ob sieben, acht Leute eine Mahnwache für die Ukraine machen oder ob jetzt eben 5'000 Leute an einer Kundgebung teilnehmen. Und deswegen erwarten wir eine differenziertere Kommunikation, da sind wir uns alle einig.

Ich äussere mich nicht hier als GPK-Präsident zu den strittigen Themen, aber wir sind um Sachlichkeit bemüht und wir wollen nichts beschönigen und bemänteln. Wenn jemand von uns einfordert, wie sollen uns mit der Frage auseinandersetzen oder wir uns das selber zur Aufgabe machen, wie die Zahl der Störungen des öffentlichen Verkehrs in der Innenstadt reduziert werden könnte oder weswegen es so viel Störung gibt, dann würden wir uns dieser Frage selbstverständlich annehmen und dazu sind wir auch in der Lage. Aber ich wehre mich entschieden gegen den Vorwurf, wir würden hier in irgendeiner Beziehung irgendetwas beschönigen oder bemänteln.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wird zur Staatsanwaltschaft. Frau Eymann verzichtet. Es gibt keine Wortmeldungen. Herr Cuénod verzichtet ebenfalls.

Somit kommen wir zum Gerichtsrat und die Gerichte. Der Präsident verzichtet, Herr Cuénod verzichtet ebenfalls. Ich habe keine Sprechenden eingetragen.

Somit kommen wir zu den Bemerkungen zum Bericht der Ombudsstelle, Finanzkontrolle und der Datenschutzbeauftragten. Herr Cuénod verzichtet. Ich habe keine Sprechenden eingetragen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 77 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Genehmigung Jahresbericht des Regierungsrates

2. Genehmigungsbericht des Gerichtsrates und der Gerichte

3. Genehmigungsbericht der GPK

4. Kenntnisnahme der Feststellungen, Empfehlungen, Forderungen der GPK

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006843, 25.06.25 17:01:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Jahresbericht 2024 des Regierungsrats wird genehmigt.

2. Der Bericht des Gerichtsrats und der Gerichte für das Jahr 2024 wird genehmigt.

3. Der Bericht der GPK für das Jahr 2024 wird genehmigt.

4. Die Feststellungen, Empfehlungen und Forderungen im Bericht der GPK werden in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 95 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme. Das Geschäft ist erledigt.

6. Kantonale Volksinitiative "für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)", Bericht des RR

[25.06.25 17:01:40, 24.0496.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Regiokommission beantragt, die Initiative ohne Gegenvorschlag der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Annahme vorzulegen.

Für die Kommission das Wort hat Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Ich bleibe hier sitzen, weil mein Präsident in der Regiokommission heute krankheitsbedingt abwesend ist, und als sein Vizepräsident springe ich ein und verlese nun seinen Bericht. Ich berichte Ihnen mündlich über die Behandlung und den Beschluss der Regiokommission zur kantonalen Volksinitiative für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa).

Im Namen der Regiokommission beantrage ich Ihnen im Einklang mit dem Regierungsrat, die Initiative «Zämme in Europa» der Gesamtheit der Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen. Der Grosse Rat hat mit Beschluss vom 18.09.2024 die Initiative der Regiokommission gemäss Artikel 18 Abs. 3 lit. b des Gesetzes betreffend Initiative und Referendum zur Berichterstattung überwiesen. Der Regierungsrat legte Ihnen Ende Februar 2025 den Bericht vor und Sie haben diesen am 9. April der Regiokommission zur Berichterstattung überwiesen. Ein voraussichtlicher Abstimmungstermin für die Initiative ist voraussichtlich bereits der 28. September 2025.

Die Regiokommission hat an ihrer Sitzung vom 23. Mai sowohl das Präsidialdepartement als auch das Initiativkomitee angehört. Die Initiative fordert, dass die Kantonsverfassung um Artikel 2 Abs. 4 wie nachfolgend ergänzt wird: Der Kanton setzt sich für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern ein.

Die Initiative wurde ursprünglich vor dem Hintergrund des Abbruchs der Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen 2021 zwischen der Schweiz und der EU eingereicht. Aufgrund des inzwischen vorliegenden Vertragspaketes zwischen der Schweiz und der EU wurde das nationale Pendant zur kantonalen Initiative zurückgezogen. Vor dem aktuellen geopolitischen Hintergrund ist für das Initiativkomitee eine verlässliche Partnerschaft mit guten und stabilen Verhältnissen wichtiger denn je. Mit der Initiative soll die Basler Regierung ein starkes Signal in die Schweiz aussenden, wie wichtig stabile und gute Beziehungen mit der Europäischen Union für die Region sind. Der Abstimmungstermin fällt Ende September mitten in das Vernehmlassungsverfahren zum Vertragspaket Schweiz/EU. Die Initianten erhoffen sich durchaus ein deutliches Zeichen aus der Region Basel für stabile und gute Beziehung.

Der Regierungsrat stellt sich weitgehend hinter die Argumentation der Initianten. Stabile und gute Beziehungen sind für die trinationale Region Basel besonders zentral. Der Regierungsrat begrüsst die Initiative und erhofft sich dabei, auf die Unterstützung der Bevölkerung zählen zu können. Die Forderung auf Verfassungsebene entspreche bereits der heutigen Realität der Regierungstätigkeit. Mit der Initiative würde dem Regierungsrat zusätzlich der Rücken gestärkt, sich in der Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen für stabile und gute Beziehungen mit EU im Namen der Basler Bevölkerung einzusetzen.

Die Regiokommission hielt deutlich und einstimmig fest, dass gute und stabile Beziehungen zu unseren Nachbarn und der Europäischen Union im Interesse der hiesigen Bevölkerung und Wirtschaft sind. Uneinig war sich die Regiokommission, ob die Verankerung des Anliegens in der Verfassung der Sache dienlich ist. Einerseits besteht die Gefahr, dass die Initiative abgelehnt wird und andererseits könnten sich die Verhältnisse in der EU ändern. Würde die Initiative mit nur einer geringen Mehrheit angenommen oder gar abgelehnt, wäre das Signal an unserer Miteidgenossinnen und Miteidgenossen wenig erbaulich. In der Sache hätte man damit weniger gewonnen als verloren. Dass sich die Fäden in der EU dahingehend ändern und dass eine gute und stabile Zusammenarbeit nicht mehr dienlich wäre, dieses Risiko stuft die Regiokommission eher gering ein. So verfügt die EU über starke, wenn auch etwas schwerfällige Institutionen, die eine populistische, antidemokratische Wende verhindern können.

Die Regiokommission stellt zudem fest, dass ein gutes Verhältnis zu den unmittelbaren Nachbarn im Elsass und in Baden auch ohne die übergeordnete Ebene der europäischen Zusammenarbeit möglich wäre. Zusammen mit unseren Nachbarn im Oberrheinrat, im Distriktrat, im trinationalen Eurodistrikt und im direkten Austausch stellt die Regiokommission vielfach fest, das geregelte Verhältnis auf der übergeordneten Ebene für die Vertiefung der Beziehungen auf der alltäglichen Ebene nützlich, wenn nicht sogar zwingend sind. Denn die Erosion der Beziehungen zu den Nachbarn, wie wir sie seit dem Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen erlebt haben, ich denke da an Horizon und andere Elemente der Marktzugangsbeschränkung, führt zu einer schleichenden Erosion der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen über die Grenzen hinweg. Die ersten Anzeichen dieser Erosion konnten, wie schon erwähnt, bei Horizon und EPICUR bei der Universität oder dem Aussetzen der gegenseitigen Anerkennung von

Konformitätsbewertungen (Mutual Recognition Agreement, MRA) festgestellt werden. Der Prozess der Erosion erfolgt langsam und schleichend. Er beginnt auf der ersten benannten technischen Ebene, wird aber letztendlich auch mit dem Alltag unserer trinationalen Region manifestieren. Stellen Sie sich nur einmal vor, was ein Austritt aus dem Schengen-Abkommen für einen Badeausflug über die Grenze bedeuten würde. Beim Zoll Otterbach oder dem Rheinuferweg nach Huningue würde es sich um eine Schengen-Aussengrenze handeln.

Nachdem ich nun einige Risiken genannt habe, möchte ich auch auf die Chancen zu sprechen kommen. Die Universität, der Gesundheitsraum, die Wirtschaft, wir alle profitieren von der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn. In der Kooperation über die Grenzen hinweg, im funktionalen Raum um Basel herum bieten sich Chancen, die es in einer globalisierten Welt zu ergreifen gilt. Für diese Zusammenarbeit sind klare Spielregeln erforderlich, um die es massgeblich beim Vertragspaket mit der EU geht. Genannt seien hierzu erneut die gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbewertungen (MRA), welche ganz konkret für die Entwicklung der hiesigen Branche von zentraler Bedeutung ist. Weiter geht es um die künftigen Herausforderungen wie ein Stromabkommen, die Lebensmittelsicherheit und die Gesundheit sowie die Mechanismen in der Zusammenarbeit.

Zur Personenfreizügigkeit möchte ich Ihnen in Erinnerung rufen, dass ein beachtlicher Teil unserer Erwerbstätigen aus Bürgerinnen und Bürgern der EU-Staaten besteht. Es ist im Interesse unser aller hier Lebenden, ein gutes Miteinander zu pflegen und den Alltag über die kaum noch sichtbaren Grenzen zu pflegen. Die Regiokommission möchte unterstützend darauf hinwirken, dass die übrige Schweiz die Realität der Grenzregion wahrnimmt und deshalb ein positives Bild in unser Land aussenden.

Wie ich Ihnen bereits erläutert habe, unterstützt die Regiokommission mit grosser Mehrheit das Anliegen guter und stabiler Beziehungen mit den Nachbarn und der europäischen Union. Sie spricht sich damit im Einklang mit den Initianten und Initiantinnen sowie dem Regierungsrat für die Initiative aus. Mit der Initiative wird an der heutigen Praxis weitgehend nichts geändert. Es geht hier um die Signalwirkung, dass in Basel-Stadt die Bevölkerung hinter den guten und stabilen Beziehungen mit der EU steht. Auch wenn unsere Region in Bundesbern, wie andere Grenzregionen auch, als etwas eigenartig in der Schweiz am Rande wahrgenommen wird, kann hiermit ein Zeichen in der innenpolitischen Debatte gesetzt werden. Nicht zu vergessen ist die Relevanz des Kantons in Bern. Erhält unser Regierungsrat einen klaren Volksauftrag, kann er sein Anliegen weiterhin mit Vehemenz in den Direktorenkonferenzen einbringen. Gelingt es uns, unter den Kantonen namhafte Verbündete zu finden, das ja übrigens auch geschehen ist, auch schon in den letzten Jahren, als es darum ging, dafür zu sorgen, dass es eben bald ein neues Vertragspaket wieder zwischen der Schweiz und der EU gibt, wenn das gelingt, kann den Stimmen aus den Grenzregionen mehr Gewicht verliehen werden.

Die Regiokommission empfiehlt Ihnen mit neun zu einer Stimme bei einer Enthaltung, die kantonale Volksinitiative «Zämme in Europa» den Stimmberechtigten mit Empfehlung auf Annahme vorzulegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungspräsident Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Dem beherzten Votum des Sprechers der Regiokommission kann ich mich nur anschliessen und habe auch nicht viel zu ergänzen, da er alle Argumente, die für Annahme dieser programmatischen Initiative sprechen, aufgeführt hat. Ich möchte deshalb nochmals betonen, auch aus Sicht des Regierungsrats, dass gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und unseren Nachbarländern für den Kanton Basel-Stadt besonders elementar sind. Das ist allein schon geografisch so. Es ist zusätzlich jetzt auch nochmal geopolitisch wichtiger geworden in den letzten Jahren und Monaten. Sie kennen auch die ja immer wieder beeindruckenden Fakten und Zahlen. Wir teilen fast zwei Drittel unserer Kantonsgrenze mit den Nachbarländern Frankreich und Deutschland, damit mit der EU, und wir sind ja vor allem ein Exporteur in die EU. Rund 44 Milliarden führen wir aus an Exporten in die EU als Basel-Stadt und die Einfuhren betragen rund 30 Milliarden Franken. Auf schweizweiter Stufe ist dieses Verhältnis ein anderes, für uns ist also die EU auch als Wirtschafts- und Handelspartner nochmals bedeutsamer, als sie es ohnehin für die ganze Schweiz schon ist.

Auch klar ist, das wissen wir auch alle, wenn wir mit Exponentinnen und Exponenten unserer Wirtschaftsunternehmen reden, dass die bilateralen Verträge massgeblich zum Erfolg und zur Wettbewerbsfähigkeit unserer regionalen Wirtschaft beitragen. Sie sind auch entscheidend für unseren Bildungs-, für unseren Forschungs- und für unseren Innovationsstandort, auch da sind wir besonders exponiert, nochmals exponierter, als es die Schweiz ohnehin schon ist. Und natürlich auch entscheidend sind die Beziehungen, die Arten, wie die Grenzen eben offen oder weniger offen sind, für den Alltag in unserer trinationalen Region, für unsere sozialen Beziehungen, die wir über Landesgrenzen hinausführen.

Entsprechend ist es für den Regierungsrat auch eindeutig, dass er sich einsetzt für stabile und gute Beziehungen zur Europäischen Union. Er tut dies selbstverständlich jetzt schon. Es wäre aber natürlich schön und programmatisch klug, wenn dies auch in der Kantonsverfassung ausdrücklich als Auftrag verankert wäre. Das genau will diese Initiative. Sie würde in dem Sinne nicht die kantonale Politik ändern, sondern sie würde uns als politische Akteurinnen und Akteure darin stärken,

dass wir eben hinarbeiten auf diese guten und stabilen Beziehungen mit den Nachbarländern, mit der Europäischen Union. Somit würde die neue Verfassungsbestimmung, die Ergänzung der Verfassung das Basler Selbstverständnis spiegeln, so wie wir es heute verstehen, so wie wir es seit Jahren verstehen und auch in Zukunft verstehen wollen.

Und das alles führt den Regierungsrat dazu, Ihnen ausnahmsweise, kann man fast sagen, eine Volksinitiative hier zur Annahme zu empfehlen bzw. zu empfehlen, die Initiative der Stimmbevölkerung mit der Empfehlung auf Annahme vorzulegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Hier habe ich Pascal Messerli für die SVP eingetragen.

Pascal Messerli (SVP): In China ist ein Sack Reis umgefallen. Die Anzahl Reiskörner auf dem Boden zu evaluieren, dürfte wahrscheinlich noch wichtiger sein als der Inhalt dieser kantonalen EU-Gugus-Initiative. Eine Gugus-Initiative von der politischen Elite für die politische Elite, man möchte schliesslich weiterhin in Lörrach oder im Elsass Aperos veranstalten. Denn es sind insbesondere die aktuellen Nationalrätinnen und die Vertreter von Regierungsparteien, welche diese Initiative lanciert haben. Parteien also, welche in den letzten Jahrzehnten in sämtlichen wichtigen Gremien dieses Kantons eine Mehrheit hatten und haben, im Regierungsrat, in der Regiokommission, in anderen Sachkommissionen sowie im Grossen Rat. Wenn Sie also der Meinung wären, es benötigt in gewissen Bereichen mehr Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn Deutschland und Frankreich, dann hätten Sie längstens Wege gefunden und hier auch Verbesserungsvorschläge gebracht. In der Kantonsverfassung ist die länderübergreifende Zusammenarbeit klar geregelt. Unsere Kantonsverfassung von 2005 ist ja jetzt nicht so alt, es ist deshalb völlig absurd und unnötig, hier eine neue inhaltslose Verfassungsbestimmung zu verlangen, welche in der Praxis überhaupt nichts ändert. Und genau das will ja die Initiative.

Und anstatt hier die grosse theatralische EU-Phorie ausleben zu lassen, wäre hier vom Regierungsrat und auch von der Regiokommission auch einmal angebracht gewesen, konkrete Punkte aufzuzählen, was man denn inhaltlich kantonalpolitisch überhaupt mit dieser Initiative möchte. Das können Sie nicht, weil Sie hier einfach reine Symbolpolitik betreiben und mit dieser Symbolpolitik jetzt unbedingt eine Abstimmung provozieren wollen. Es ist insoweit inkonsequent, weil man ja gerade in anderen Bereichen für weniger Volksabstimmungen ist. Ich erinnere an die Diskussion zum obligatorischen Referendum beim Musical Theater. Dort haben Sie sich mehrheitlich gegen eine Volksabstimmung geäussert, weil zu viele Abstimmungen angeblich die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung mit sich bringen würde. Gleichzeitig wollen Sie hier aber der Bevölkerung eine völlig symbolische Abstimmung zumuten. Das ist doch wirklich absurd und lächerlich. Hier hätte der Regierungsrat problemlos auch die Initiative zur Ablehnung empfehlen können, wie das auch die Regierung im Kanton Baselland gemacht hat. Hier wäre überhaupt nichts anderes gewesen. Man hätte aber auch in einem Gegenvorschlag das doppelt noch in einem Gesetz verankern können, Ihre Nationalrätinnen hätten Ihnen das sicher verziehen.

Und wenn Sie schon, meine Damen und Herren, unbedingt eine europapolitische Volksabstimmung wollen, dann können Sie Ihren Nationalrätinnen, namentlich Frau Christ, Frau Arslan, Frau Wyss und Frau von Falkenstein ja gerne mit auf den Weg geben, dass man auf Bundesebene den EU-Unterwerfungsvertrag dem obligatorischen Referendum unterstellt. Das ist sicherlich sinnvoller, wie auf kantonaler Ebene einen solchen Gugus zu inszenieren. Aber vielleicht haben die Befürworter und das Initiativkomitee halt auch einen sehr guten Humor. Das mag sein, weil man ja ausgerechnet mit dem Instrument der kantonalen Volksinitiative die Nähe zu den Brüsseler EU-Zentralisten zementieren möchte. Ein überbürokratisches Konstrukt, welches die Souveränität unserer Nachbarländer und Nachbargemeinden massiv einschränkt, keinerlei Volksrechte kennt und es nicht einmal fähig gebracht haben in den letzten Jahren, eine saubere Gewaltenteilung zu garantieren. Auf diese Idee muss man effektiv zuerst einmal kommen. Hier kann man beim Initiativkomitee wirklich nur den Kopf schütteln.

Und zu guter Letzt, da die Mehrheit in diesem Rat ja offensichtlich diese Symbolpolitik unterstützt, mache ich gerne noch drei Vorschläge, welche Sie im Sommer vielleicht ebenfalls evaluieren können für eine Verfassungsänderung, eine Initiative für schönes Wetter, eine Initiative, damit genügend Wasser im Rhein hinabfliesst, und weil auch der Regierungsrat so stolz auf die Städtepartnerschaft mit Shanghai ist, eine Initiative, damit in China weniger Reissäcke umfallen. Mit diesen drei Vorschlägen haben Sie inhaltlich wahrscheinlich genau so viel erreicht wie mit dieser kantonalen EU-Gugus-Initiative.

Die SVP bittet Sie, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Messerli, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Thommen. Sie wird entgegengenommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich bin ein bisschen irritiert über Ihre Haltung gegenüber Volksinitiativen als Volkspartei, aber meine Frage ist, haben Sie nicht Angst, dass wenn mal die SVP zwei bis drei Regierungsräte in Basel-Stadt hat, dann diese nicht mehr für die europäische Zusammenarbeit sich einsetzen würden ohne einen Verfassungsauftrag?

Pascal Messerli (SVP): Erstens gibt es schon einen Verfassungsauftrag in § 2, nicht in § 3, wie es die Initiative will, und zweitens, nein, davor habe ich keine Angst, weil wir selbstverständlich für konstruktive Zusammenarbeit sind, aber nicht für solchen Gugus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Fraktionssprecherin für die SP ist Zaira Esposito.

Zaira Esposito (SP): Basel liegt im Herzen Europas und profitiert von guten und stabilen Beziehungen mit unseren Nachbarn aus der Europäischen Union, wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich. Der Wert dieser Beziehungen zeigt sich gerade in der heutigen Zeit, in welcher Kriege, gesellschaftliche Umbrüche und geopolitische Spannungen den Alltag von vielen Menschen prägen. In einer Welt, die immer komplexer und vernetzter wird, ist es wichtiger denn je, über die Bedeutung der Europäischen Union und unserer nachbarschaftlichen Beziehungen nachzudenken. Die Europäische Union ist viel mehr als ein wirtschaftliches Bündnis. Sie ist ein Projekt des Friedens, der Solidarität und der gemeinsamen Werte. Werte, die auch unser eigenes Gesellschaftsverständnis prägen. Zugleich bedeutet ein geeintes Europa Stabilität, Wohlstand und Sicherheit, auch für die Schweiz und den Kanton Basel-Stadt.

Aufgrund seiner Grenznähe hat unser Kanton schon seit langem eine besondere Beziehung zu seinen europäischen Nachbarregionen. Die Abschottungstendenzen des 20. Jahrhunderts widersprechen der gemeinsamen Kultur und Geschichte im Dreiland diametral und bleiben hoffentlich auch eine Randnotiz der Geschichte. So hatten die Landesgrenzen bis zum ersten Weltkrieg in der Region Basel kaum eine Bedeutung. Schon damals besass nur ein Drittel der baselstädtischen Wohnbevölkerung keine Schweizer Staatsbürgerschaft. Marktfrauen aus dem Elsass und aus dem Südbaden reisten ohne Kontrolle über die Landesgrenzen. Basler*innen und Riehener arbeiteten selbstverständlich im Wiesental, Unternehmen wie GABA oder Suchard produzierten ihre Waren in Saint Louis oder in Lörrach.

Ein besonderes Beispiel ist die erste Eisenbahnlinie auf Schweizer Boden. Auf die Frage danach, würden viele von Ihnen bestimmt sagen, es handelt sich um die Spanisch-Brötli-Bahn im Limmattal. Tatsächlich aber wurde hier im Grossen Rat vor 182 Jahren entschieden, die Bahngleise der Zugstrecke Strassburg-Burgfelden bis nach Basel zu verlängern. Ein Jahr später, am 15. Juni 1844, fuhr zum ersten Mal eine Eisenbahn auf Schweizer Boden. Damit hatten unsere Vorgängerinnen und Vorgänger den Mut zu einer internationalen Kooperation und einem Leuchtturmprojekt für die ganze Schweiz bewiesen. In diesem Sinne möchte ich Sie dazu aufrufen, diesen Mut ebenfalls aufzubringen und das Bekenntnis zum Dreiland und zu Europa in unserer Verfassung zu verankern.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Basel ist in diesen Wochen voller Festlichkeiten. Nach dem ESC und der Art Basel steht die Frauenfussball EM bevor. Für kurze Zeit steht Basel damit im Mittelpunkt des europäischen Kontinents. Nutzen wir diese schönen Momente zum Feiern, aber auch zum Reflektieren. Setzen wir uns alle mit der Bedeutung von Gemeinschaft, Frieden und Demokratie auseinander. Diese sind nicht einfach gegeben, sondern sie müssen tatsächlich im Grossen und im Kleinen gestärkt werden. Die Initiative «Zämme in Europa» bietet uns die Gelegenheit heute, ein klares politisches Signal für die Beziehungen zu unseren Nachbarländern und zur Europäischen Union zu setzen.

Meine Fraktion bittet Sie deshalb, dem Antrag des Regierungsrates und der Regiokommission zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Sie wird entgegengenommen.

Joël Thüring (SVP): Danke für die Annahme, Frau Esposito. Sie haben vom geeinten Europa gesprochen, ist dieses geeinte Europa für Sie beispielsweise auch das LGBTQ-feindliche Ungarn oder der doch sehr rechts aussenstehende neue Präsident Polens oder definieren Sie dann da auch noch unterschiedlich, was für Sie das geeinte oder das richtige Europa ist?

Zaira Esposito (SP): Es geht um eine gemeinsame Europapolitik, die gemeinsam von europäischen Ländern getroffen wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Grüne/jgb spricht Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Angesichts der Fraktionsmeinungen, die ja sehr einhellig zustimmend sind für diese Initiative, ausser einer Fraktion, könnte man meinen, hier müssten wir nicht gross darüber debattieren, aber ich denke, das Geschäft ist so wichtig und essentiell, existenziell sogar für Basel-Stadt, dass ich jetzt hier auch noch ein paar Worte an Sie richte.

Der kurze und sehr gut ausgeführte Bericht des Regierungsrates, der gibt Ihnen eigentlich alle Argumente vor, warum wir hier, und das gilt vor allem auch für unsere Fraktion, warum wir hier Ja sagen zu dieser Initiative, diese unterstützen wollen und das dann auch zusammen mit der Stimmbevölkerung an der Urne durchbekommen wollen. Die Argumente sind genannt worden, da muss man nicht nochmals darauf eingehen, das hat ja auch der stellvertretende Kommissionspräsident und auch Regierungsrat Conradin Cramer ausgeführt.

Worum geht es denn da und da will ich jetzt einfach das Votum vom SVP-Vertreter aufnehmen. Es ist nicht jetzt eine Initiative, die von ein paar Köpfen einfach so aus dem Etablissement erfunden wurde, das haben über 3’000 Stimmberechtigte in Basel-Stadt mitunterschrieben. Also da geht es darum, dass die Stimmbevölkerung hier ein Zeichen gesetzt hat, indem sie eine Unterschrift dazu gegeben hat, dass man das abstimmen soll und dass das in die Verfassung reinkommen soll. Also ich bitte, das zu akzeptieren und ich denke, die Argumente wurden ja genannt, warum dass es auch Sinn macht, dass es in die Verfassung kommt. Der Regierungsrat, der nimmt eben die Aufgabe wahr, der sieht die Wichtigkeit der guten Zusammenarbeit mit umliegenden Ländern, mit der EU, und er macht das auch schon. Warum soll das da nicht auch verbrieft werden in der Verfassung. Wir wünschen uns wirklich auch, dass die Stimmbevölkerung zu dem Ja sagt und darum sehen wir das wirklich als grosse Chance, dies zur Abstimmung zu bringen. Wenn nicht Basel, wer sonst sollte das Signal aussenden, wie wichtig diese Beziehungen sind, nicht nur für Basel, schlussendlich dann auch für die ganze Schweiz.

In dem Sinne bitte ich Sie wirklich sehr, hier dann auch beim Abstimmungskampf, also alle, die da jetzt auch ein Plus im «Chrüzlistich» haben, sich dafür einzusetzen. Es ist wirklich eine sehr wichtige Abstimmung, nutzen wir diese und setzen wir hier ein klares Zeichen im Sinne und zum Wohle von Basel-Stadt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Gabriel Nigon für die LDP.

Gabriel Nigon (LDP): Auch die LDP folgt der Regiokommission und auch dem Votum von Regierungsrat Cramer. Es geht eben nicht nur um die Signalwirkung. Wenn wir hier von EU reden, meinen wir vor allem konkret unsere Nachbarländer, wir sind auf eine geregelte Zusammenarbeit angewiesen, die Fakten wurden aufgelistet. Und vor allem auch in Zeiten, wo der Bund eine eigene Agenda fährt in Bezug auf die Rahmenbedingungen, wir wissen nicht, woran wir sind, ist es wichtig, dass Basel auch als Wirtschaftsstandort sich für die EU klar positioniert. Das gibt auch Vertrauen und Planungssicherheit. Wir haben zwar viele trinationale Zusammenarbeitsverträge, aber die hängen so lose in der Landschaft herum. Und wenn wir jetzt in der Verfassung so einen Grundsatz verankern, gibt das uns wiederum die Legitimität, weiterhin gesetzgeberisch tätig zu werden und diese Beziehungen auszubauen.

Und dann noch zum Schluss, es gibt auch etwas Emotionales. Wir sind mit unseren Nachbarländern oder Regionen, das sind Geschwister von uns. Wir reden die gleiche Sprache in Freiburg, in Strassburg und in Basel, haben die gleichen Kathedralen, gleicher Baustil und wir müssen zusammenarbeiten, wir gehören zusammen und das bringt uns vorwärts. Und am Schluss noch etwas mit einem Augenzwinkern, das Ganze ist auf dem Weg zum Beitritt der EU zur Schweiz.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie können noch eine Zwischenfrage entgegennehmen, wenn Sie möchten, von Pascal Messerli. Sie wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Herr Nigon, Sie haben gesagt, es braucht klare Regeln. Können Sie mir erläutern, was denn auf kantonaler Ebene noch nicht geregelt ist und was mit dieser neuen Initiative jetzt geregelt werden soll?

Gabriel Nigon (LDP): Das kann ich nicht auswendig sagen. Jetzt muss ich überlegen, was ich sage, nein, das ist kein Anwaltsgeheimnis. Ich durfte damals den Kanton vertreten in den Verhandlungen mit Frankreich bei der Verlängerung der Tramlinie 3. Und dort fehlte es eben an den entsprechenden Regularien. Man musste alles neu erfinden und solche Sachen sollten eben behoben werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny als Einzelsprecher.

David Jenny (FDP): Ich spreche ausdrücklich als Einzelsprecher. Ich sage schon jetzt, ich werde dann dieser Initiative zustimmen, aber ich habe doch ein bisschen ein Unbehagen über den normativen Gehalt dessen, was da vorgeschlagen ist und ich glaube, der normative Gehalt, der tendiert gegen null. Und alle die Ansinnen, die vorher Gabriel Nigon vorgebracht hat, die haben wir schon abgedeckt in der jetzigen Kantonsverfassung, und andererseits viele andere Anliegen, die bleiben dem Bund und seine rechte Aussenpolitik zu führen vorbehalten. Und diese Initiative oder auch die Debatte hier ist ein bisschen eine Pflicht, ein Bekenntnis abzulegen und ich lege gerne das Bekenntnis ab, dass ich für sehr gute Beziehungen bin. Ich glaube, wir sollten alles daransetzen, die bilateralen Drei durchzusetzen, aber eine solche Verfassungsabstimmung, die eigentlich nicht viel mehr ist als eine Meinungsbefragung, weil es eben keinerlei normative Wirkung hat, ob die wirklich etwas hilft, dieses Ziel zu erreichen in der ganzen Schweiz, das bezweifle ich schon.

Und es wird dann eben gewertet, wenn man sagt, die Basler Bevölkerung sind 100 Prozent, davon ist die SVP 13 Prozent, also müssen wir eine Zustimmung von 87 Prozent haben und es sind dann nur 60 Prozent, dann wird das als schallende Niederlage gewertet. Es ist zu spät und ich werde dann Ja stimmen, aber ich glaube, bei einer Totalrevision der Verfassung wäre das ein Präambel-Thema. Aber die Verfassung mit dem zu beladen, ob das wirklich sinnvoll ist? Ich bin auch gegen, was wir in der Verfassung haben, dass sich unsere Regierung mit Händen und allem möglichen einsetzen muss, dass man nur das Wort Atomkraft in den Mund nimmt, finde ich auch nicht sinnvoll, diese Begrenzungen von Politikmöglichkeiten, die schlussendlich wirklich nur so Bekenntnisablegungen sind. Mit all diesen Zweifeln werde ich dann trotzdem Ja stimmen, aber ich glaube, ein gewisses Unbehagen muss ich doch äussern, damit man nicht sagen kann, ich hätte völlig geschwiegen, falls Sie an meiner Meinung interessiert sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Als wir das in der Regiokommission besprochen haben, haben wir gedacht, ja, das ist eigentlich eine klare Sache. Wir sind in der Regiokommission, natürlich sind wir für die Regio, wer ist nicht für die Regio. Wir gehen, seit wir ich auf der Welt sind, auf Lörrach, wir gehen ins Elsass, wir laufen über die Grenze rüber, wie wenn das nach Allschwil oder Birsfelden wäre, und ich habe gedacht, das ist eigentlich eine ganz einfache Angelegenheit. Und was wir da jetzt aus dem machen, das verkompliziert das unglaublich aus meiner Sicht. Ich sehe dahinter ein Bekenntnis zu unserer Region, es ist für mich kein Bekenntnis in keiner Art und Weise zur EU. Ich will überhaupt nicht in die EU eintreten, ich wollte noch nie in die EU eintreten und werde das in Zukunft nie wollen, aber für die Regio, für uns, die Menschen, die alle hier zusammenleben, dass man da ein Zeichen setzt, und vielleicht hören die auch, was wir hier drin reden und dass wir sagen, ja, wir sind gerne in Lörrach, wir sind gerne im Elsass und wir gehören alle zusammen, da bin ich absolut dafür. Und falls ich hier etwas falsch verstanden habe, dann müsste man mir das nachher erklären, aber das ist für mich hier das Thema in dieser Thematik und ich hoffe, Sie sind auch dieser Meinung, dass wir die Region tatsächlich stärken sollen. Nicht die EU, aber die Region.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Ebi, es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Sie wird entgegengenommen.

Joël Thüring (SVP): Sie haben ja gesagt, es sei alles so einfach. Ich habe jetzt den Initiativtext gelesen und Sie haben gesagt, es geht Ihnen um die Nachbarländer, Sie haben Frankreich und Deutschland erwähnt. Nun steht aber in diesem Initiativtext explizit, für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern. Ist denn aus Ihrer Sicht diese textliche Formulierung so korrekt, wenn es Ihnen ja nur um die Nachbarländer geht?

Alex Ebi (LDP): Herr Thüring, da haben Sie total recht, die EU besteht aus den Nachbarländern, das ist korrekt, es ist eine Verdoppelung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Cramer hätte das Wort, er verzichtet. Herr Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Gestatten Sie mir doch ein paar Ausführungen. Ich sehe, wir sind schon mitten im Abstimmungskampf und deswegen gestatte ich mir nach Ihrem sehr polemischen und populistischen Votum, lieber Pascal Messerli, mich auch nicht zurückzuhalten und hier unseren Entscheid auch ein wenig lustvoll zu verteidigen.

Sie tun ja auch heute oft so, als ob Sie im Interesse des Volkes als einzige gegen abgehobene Eliten ankämpfen würden, usw. Sie beanspruchen häufig, die einzigen Vertreter des Volkes, usw., zu sein, Schweizer wählen SVP, usw. Nur das Volk

besteht nicht nur aus Ihren Wählerinnen und Wählern. Es gibt in Basel, und das ist nicht eine Elitenbewegung, eine Bewegung aus der Bevölkerung, der es wichtig ist, dass die Schweiz/EU-Beziehungen wichtig sind. Deswegen sind diese über 3'000 Unterschriften zustande gekommen und das ist auch keine Überraschung. Viele Menschen in Basel und der Region wollen Stabilität, Wohlstand, Demokratie und keine Abenteurer und keine Diktatoren und Despoten. Sie wollen auch nicht, dass die Trumps und Putins dieser Welt, die in manchen Parteien mehr Freunde haben als in anderen, noch weiter gestärkt werden. Und sie wollen nicht, um es ganz alltäglich zu machen anhand von einem aktuellen Beispiel, dass irgendwelche Berner Migrationsbürokraten zum Schaden unserer Wirtschaft die Grenzen schliessen, und auch einmal entscheiden können, dass zum Schaden unserer Wirtschaft Schiffe hier nicht mehr anlegen können. Sie wollen und sie wissen, dass es im Interesse von Basel ist und den Menschen hier, dass wir diese gute Beziehung haben und dass wir offene Grenzen haben.

Und dann polemisieren Sie gegen diese Initiative und sagen, sie sei unnötig. Stellen Sie sich einmal vor, diese Initiative wäre nicht eingereicht worden, dann wären Sie doch die allerersten, die in einem Abstimmungskampf lauthals kritisieren würden, wenn der Basler Regierungsrat in einem Abstimmungskampf aktiv würde. Und jetzt geht es darum, kriegt der Regierungsrat ein klares Mandat, sich diesbezüglich zu betätigen oder nicht. Ähnliche Bedeutung wie dieser Artikel, und das hat David Jenny richtig genannt, hat der Atomartikel in unserer Verfassung. Er ist ein Auftrag an unseren Regierungsrat, in einem bestimmten Sinne zu handeln und ich finde den vorliegenden Artikel weitaus weniger problematisch. Ich finde auch den anderen Artikel gut, aber ich finde es hier nicht problematisch, weil es hier vor allem darum geht, den Basler Regierungsrat zu beauftragen, ureigene Basler Interessen zu verteidigen. Und wenn Sie dann kommen mit Worten, die dem Vokabular der nationalen Parteizentrale entspringen, wie EU-Unterwerfungsvertrag, dann beachten Sie nicht, dass wie hier in Basel den Zugang zum europäischen Markt brauchen und wir brauchen die Forschungszusammenarbeit und diese stabilen Beziehungen.

Und da ist auch Ihr tiefes Problem in Basel und deswegen kommen Sie, obwohl Sie viele Exponenten haben, die ich auch respektiere und mit denen ich hier auch zusammenarbeite in Kommissionen und mit denen ich sonst nicht grundlegende Schwierigkeiten habe, aber Ihr grundsätzliches Problem ist, dass die EU-Politik Ihrer Partei auf nationaler Ebene und offensichtlich hier auch in Basel auch den wirtschaftlichen Interessen dieser Region diametral entgegengesetzt ist. Reden Sie doch mal nicht nur mit Vertretern der Uni, sondern reden Sie mal mit Vertretern der Roche und der Novartis. Ja, die brauchen den Zugang zu den europäischen Märkten, die brauchen auch diese stabile Beziehung und die wissen auch, dass die Trumps dieser Welt für sie, für Basel eine enorme Bedrohung ist.

Und um ihre polemischen Worte aufzugreifen, die europafeindliche Gugus-Politik Ihrer Partei ist eine Gefahr für unsere Region und es ist wichtig, dass der Regierungsrat einen klaren Auftrag erhält, hier für stabile Beziehungen mit der Europäischen Union sich einzusetzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Zwischenfragen häufen sich. Joël Thüring möchte Ihnen eine stellen. Wird diese entgegengenommen?

Tim Cuénod (SP): Ich nehme alle Zwischenfragen an.

Joël Thüring (SVP): Herr Vizepräsident der Kommission, mal abgesehen davon, dass die Personenfreizügigkeit ja dazu führt, dass viele Unternehmen keine Arbeitskräfte aus Drittstaaten hier anstellen können, möchte ich jetzt auf Ihr Votum betreffend den sogenannten Berner Migrationsbürokraten zu sprechen kommen. Muss ich Sie deshalb so interpretieren, dass Sie dafür sind, dass geltendes Recht gebrochen wird und anschliessend daran die Frage, ist Ihnen bewusst, dass es hierbei gar nicht um EU-Bürger geht, sondern um Drittstaatenpersonen, die auf diesen Schiffen arbeiten und dieses Beispiel deshalb überhaupt nicht verfängt in Ihrer Argumentationskette?

Tim Cuénod (SP): Schauen Sie, die haben Visa in der EU und das hat Jahre lang funktioniert, ohne dass sich jemand beschwert hätte. Man hätte Übergangsfristen setzen können, man hätte auf Verhandlungslösungen eingehen können und nicht willkürliche Entscheidungen treffen können, die unserer Region massiv schaden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Herr Cuénod, danke, dass Sie die Zwischenfrage annehmen. Alles, was diese Initiative verlangt, steht bereits im § 3 der Kantonsverfassung. Frage, was ändert sich, wenn wir einen zusätzlichen Artikel in die Verfassung schreiben, der inhaltlich bereits vorhanden ist?

Tim Cuénod (SP): Der Regierungsrat kriegt einen noch klareren Auftrag, sich für gute und stabile Beziehungen mit der EU einzusetzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Herrn Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Tim Cuénod, eine ganz kurze Frage. Wissen Sie, dass in der Schweizer Politik nur der Bund Aussenpolitik machen darf und nicht ein Kantonsparlament? Wissen Sie das?

Tim Cuénod (SP): Es gibt erstens eine kleine Basler Aussenpolitik, die gibt es schon lange, und zweitens gibt es ein offensichtliches Interesse in unserem Kanton, auf die nationale Politik hier einzuwirken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelbefrager ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Tim Cuénod, könnten Sie mir inhaltlich drei Punkte nennen, welche sich jetzt ändern, wenn wir dieser Gugus-Initiative zustimmen?

Tim Cuénod (SP): Einer genügt, es sind nicht drei. Wenn diese Initiative angenommen wird, erhält unser Regierungsrat diesen so wichtigen klaren Auftrag, sich für gute Beziehungen mit der EU einzusetzen. Man kann diesen zwar heute schon herleiten aus der Interessensvertretung unseres Kantons, aber das hier wäre noch einmal mehr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen zum Grossratsbeschluss (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

Absatz 1 und 2, Text der Initiative

Absatz 3, Empfehlung auf Annahme der Initiative

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006845, 25.06.25 17:46:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die mit 3’216 Unterschriften eingereichte kantonale Volksinitiative «für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)» mit dem folgenden Wortlaut:

«§ 2 Abs. 4 Kantonsverfassung Basel-Stadt (neu)

Der Kanton setzt sich für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern ein.»

ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Annahme zur Abstimmung vorzulegen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 79 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen. Das Geschäft ist erledigt.

8. Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Bericht der WAK

[25.06.25 17:47:00, 24.1748.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die WAK beantragt, die Beschlussvorlage abzulehnen. Der Regierungsrat beantragt, am Beschluss festzuhalten. Sie finden diesen im Bericht der WAK.

Für die Kommission hat das Wort deren Präsidentin, Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Der Regierungsrat hat 2023 das Projekt «Arbeitgeberattraktivität steigern» lanciert. Der Grosse Rat hat in diesem Zusammenhang einer Änderung des Lohngesetzes zugestimmt, wonach künftig Lohnnebenleistungen ausgerichtet werden können, wie sich das hier zur Debatte stehende Jobticket darstellt. Mit diesem soll ein vergünstigtes U-Abo sowie die vollständige Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung angeboten werden. Berechtigt wären alle Mitarbeitenden in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis oder die für mindestens sechs Monate angestellt werden vom Kanton. Dafür beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat ab 2025 jährlich wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von 1,38 Millionen Franken. Für weitere Details und die technische Umsetzung wird auf den Ratschlag verwiesen.

Die Kommission hat das Geschäft an drei Sitzungen behandelt und Zusatzinformationen beim Finanzdepartement eingeholt. Die Kommission ist einstimmig auf das Geschäft eingetreten. In der Kommission wurde die Frage gestellt, wie verbreitet das Jobticket in der Privatwirtschaft ist. Das Jobticket kann nur von Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitenden angeboten werden. Davon machen 73 Unternehmen Gebrauch, also nur etwa ein Drittel der berechtigten Firmen.

Ein Teil der Kommission ist aufgrund dieses Benchmarkings zur Ansicht gelangt, dass das Jobticket als Lohnnebenleistung nicht notwendig ist, um Fachkräfte zu gewinnen. Darüber hinaus wird von diesem Teil der Kommission kritisch bewertet, dass in der Privatwirtschaft die Lohnnebenleistungen, die sogenannten Fringe Benefits, immer als Teil des Lohnes insgesamt betrachtet werden, wohingegen beim Kanton aufgrund der gesetzlich definierten Löhne keine Verrechnung der Lohnnebenleistungen mit dem Grundlohn vorgenommen werden kann. Lohnnebenleistungen werden somit als reine Zusatzleistungen zu den sowieso schon attraktiven Anstellungsbedingungen, insbesondere betreffend Pensionskasse und Kündigungsschutz eingeführt. Zudem bestehen angesichts, dass bereits heute ein hoher Anteil an Kantonsangestellten zu Fuss oder mit dem Velo oder dem öffentlichen Verkehr zur Arbeit kommen, erhebliche Zweifel an einer zusätzlichen Lenkungswirkung zugunsten des öffentlichen Verkehrs, so dass es fast ausschliesslich mehr Mitnahmeeffekte geben dürfte, so die Meinung des einen Teils der Kommission.

Der andere Teil sieht in der Einführung des Jobtickets einen guten Hebel, um die Arbeitgeberattraktivität des Kantons zu steigern. Gerade im Hinblick auf den Fachkräftemangel sind Anstrengungen in diese Richtung zu begrüssen. Auch im Zusammenhang mit den hochgesteckten Klima- und Nachhaltigkeitszielen des Kantons wird das Jobticket als zum Arbeitgeber passende Lohnnebenleistung angesehen.

Die Kommission ist also zu keiner klaren Empfehlung an den Grossen Rat gekommen. Die WAK beantragt nämlich dem Grossen Rat mit Stichentscheid der Präsidentin, den Grossratsbeschluss gemäss Ratschlag der Regierung abzulehnen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und ich bin nun sehr gespannt auf die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Debatte wird dann morgen stattfinden, aber zuerst kommt noch Frau Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich glaube, das ist mein absoluter Lieblingsjob, neun Minuten vor sechs nach diesem langen heissen Tag Ihnen noch etwas auf den Weg zu geben. Das Jobticket, genau. Ich werde sicher am Schluss auch nochmal Ausführungen machen, weil ich ja befürchten muss, dass sonst in dieser heissen Nacht meine guten Argumente alle verschwunden sind. Daher hier vielleicht nur kurz, was ich Ihnen über die Nacht mitgeben möchte.

Wir gingen eigentlich davon aus, dass es klar ist, dass Sie ein Jobticket für die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung möchten. Es wurde bei uns auch gefordert, dass wir endlich Möglichkeiten geben für Fringe Benefits, das war immer wieder ein Thema. Wir haben die rechtliche Grundlage geschaffen, Sie haben dem zugestimmt und ein Fringe Benefit, und das ist wirklich der unumstrittenste, ist dieses Jobticket. Daher war ich dann sehr überrascht, als ich von der WAK erfuhr, dass sie anderer Meinung sind. Das habe ich leider erst nachher erfahren, da ich ja nicht eingeladen war.

Das Jobticket, das bedeutet, Sie erhalten das U-Abo für einen vergünstigten Preis. Es ist also nicht ein Geschenk, von dem her Mitnahmeeffekt eher nicht. Anstatt 824 Franken bezahlen Sie 542. Es ist ein vergünstigtes U-Abo und für die Auszubildenden würde man es selbstverständlich gratis abgeben, das würde auch Sinn machen. Wir geben ja heute zum Teil schon das U-Abo ab, wenn jemand Fahrten im Auftrag des Kantons machen muss, weil wir nicht wollen, dass die Personen mit dem Auto gehen. Es geht hier einerseits um Arbeitgeberattraktivität steigern und um Erreichen der Klimaziele. Da werden wir immer wieder gefordert, mehr zu machen, heute vielleicht doch wieder nicht. Es ist ein Thema, weil wir das Mobilitätsmanagement anpassen wollen. Wenn wir die Möglichkeiten von Privatparkplätzen oder Parkplätzen für Mitarbeitende einschränken wollen, müssen wir auch etwas bieten. Daher bin ich sehr überrascht, dass das jetzt so kritisch aufgenommen wird. Sie haben gesagt, von diesen Firmen sind es noch nicht so viele, es waren 2009 sogar nur 48. Das Jobticket ist etwas, was in den letzten Jahren sehr kam, das ist etwas Attraktives und man hat das mehr gemacht.

Ich möchte Ihnen wirklich mitgeben über Nacht, der Kanton Baselland ist kein linker Kanton, wirklich nicht. Auch die Regierung hat keine linke Mehrheit, auch im Landrat nicht. Sogar der Kanton Baselland hat das wirklich, Nullkommanix kam die Forderung, eingeführt. Ich glaube, auch die Bürgergemeinden, Bürgerliches Waisenhaus, Bürgerspital Basel, meines Erachtens auch eher bürgerlich dominiert, da bin ich doch sehr überrascht, muss ich Ihnen mitgeben, warum Sie das Jobticket, man kann darüber diskutieren, welche Fringe Benefits es noch gibt und das muss man auch diskutieren, das haben Sie uns gesagt, als wir die gesetzliche Grundlage gemacht haben, aber das Jobticket ist jetzt irgendwie so klar, also das ist jetzt wirklich klar. Das ist so etwas einfaches, es hat wirklich auch noch den Vorteil, dass die Leute vermehrt mit dem ÖV kommen.

Daher hoffe ich sehr, dass Sie sich das nochmals gut überlegen. Weil wenn Sie dann auch mit der Konkurrenz kommen, also wir können das morgen noch diskutieren. Ich weiss nicht, wenn Sie den Arbeitgeber Basel-Stadt einfach schlecht machen wollen, dann sage ich Ihnen, das bringt der Privatwirtschaft nichts, gar nichts, denn heute wechseln die Mitarbeitenden von Betrieb zu Betrieb. Wir haben sehr viele Lehrlinge, da geben wir uns auch Mühe, das ist auch unser Job, und wir haben sehr viele Leute, die älter sind. Die werden dann häufig mal so abgestossen von der Privatwirtschaft, ab 55 ist man dann etwas zu teuer, dann kommen einige zu uns. Ich finde das sinnvoll. Ich finde es auch sinnvoll, dass die Menschen die Möglichkeit haben zu wechseln, und ich finde, wir sollten alle attraktiv sein und uns nicht irgendwie gegenseitig schlecht machen. Das nützt unserer Region also wirklich gar nichts. Und ein Jobticket gehört heute für einen grossen Betrieb einfach dazu, ist sinnvoll, ist für die Arbeitgeberattraktivität sinnvoll, für die Klimaziele, und ab und zu sollte man wirklich auch etwas einführen, was der Kanton Basel-Landschaft schon eingeführt hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe mir die Liste so notiert, wie sie hier ist, und werde die Sitzung jetzt abbrechen. Ich wünsche Ihnen allen einen wunderbaren Abend.

Schluss der 21. Sitzung

17:57 Uhr